

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Konat. Singsper. in der Post-Verwaltung-Präsidenten für 1893 unter Nr. 4706.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Ausg. Amt 1. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 31. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ein Kompromiß, ein Kompromiß!

Der Mann, der es fertig brachte, der Militärvorlage eine solche Gestalt zu geben, daß die Regierung und was über der Regierung steht, damit zufrieden wäre und daß gleichzeitig aus den bürgerlichen Parteien des Reichstages eine militärfremde Mehrheit sich dafür erwärmen könnte, ohne den Anschein einer Prinzipienverletzung zu erwecken, — der treffliche Mann dürfte des schönsten Lohnes gewärtig sein. Schlotjunker und Maischbarone, protestantische Dogmatiker und bischöfliche Diplomaten, den Finanzliberalismus aller Glaubensbekenntnisse nicht zu vergessen, würden den Segen des Himmels auf sein Haupt herabsehen und mit materielleren Dankbezeugungen nicht lachen. Hätte er doch diese gesammten Besitzpatrioten von der großen Angst einer Reichstagsauflösung befreit. Die Unzufriedenheit im Volke wächst tiefengroß. Alles, was den goldenen Mittelweg zufriedener Behaglichkeit wandelt, steht sich eingengt zwischen dem Krokodil und der tiefen See, dem Antisemitismus zur Rechten und der Sozialdemokratie zur Linken, und da schreien sie nach Rettung in ihrer Noth, schlagen sich an die Brust und schwören bei ihren sämtlichen Vätern, daß sie königstreue Patrioten sind, würdig sowohl der landesherrlichen Gunst wie des Volksvertrauens.

So jammert es in den Spalten der respektabelsten Bourgeois-Blätter bis in diejenigen der freisinnigen Partei hinein. Das mindet sich kampfsucht herum um die Frage „Ablehnen oder Annehmen“, nach allen Seiten schielend, ob denn kein Kompromißvorschlag auftaucht: Ein Kompromiß, ein Kompromiß, der die dräuende Reichstagsauflösung hinauschiebt und die Kompromißlinge nicht gar zu arg in den Augen des Volkes kompromittirt!

Am Klüglichsten wird das Gewinsel dort, wo die Pressgardisten des Joberthums zu Worte kommen. Und das hat seinen guten Grund. Es ist jüngster Zeit genug geschehen, um ihnen den letzten armseligen Rest von Festigkeit aus den schlottigen Gliedern zu ängstigen. Die Wahlen des Antisemitismus klapperten nur noch langsam und hohl in dem feichten Wasser Stöcker'scher Beredsamkeit; da hat die Schmutzfluth des Ahlwardt-Prozesses sie auf's Neue lustig in Gang gebracht. Beobachtern, deren Blick nicht durch das Massenurtheil getrübt ist, lieferte der Ahlwardt-Prozess sammt allen nachfolgenden Enthüllungen zwar nur eine neue Bestätigung der alten Erfahrung, daß der Geschäftspatriotismus jüdischer Flintenfabrikanten just solch schofele Shoddywaare ist, wie diejenige christlicher Kanongießer oder Schienenwalzer. Aber die soeben erst aus stumpfsinniger Unterwürfigkeit zu gährender Unzufriedenheit erwachende ostelbische Landbevölkerung haben diese Enthüllungen so verblendet, daß die plumpe Demagogie der Massenverhetzung dort leichtes Spiel hatte. Da hat denn fings die konservative Partei, nach den Wahlerfolgen eines Ahlwardt lästern, den Stöckergaul ihrer holperigen Staatskarosse vorgeführt, in der Hoffnung, mit solchem Vorspann den Liberalismus überholen zu können.

Die Angst ob dieser Zeichen der Zeit war so groß geworden im Börsenlager, daß unter den Mächtigen der Synagogengemeinde erstlich der Plan erörtert wurde, eine Loyalitätsadresse an die Krone zu schicken. Die Geschichte wurde zu früh ruchbar, sonst hätte Berlin vielleicht als Resultat dieses patriotischen Unternehmens einen Löwenbrunnen auf den Monbijouplatz aufgebaut erhalten — durch eine Lotterie natürlich. Die vielversprechende schuhjüdische Bewegung wurde zwar erstickt, aber sie ist den Börsenblättern ins Blut getreten und macht sich Luft in fieberhaften Loyalitätsbewegungen und unterthänigsten Bittgesuchen, daß doch die Gegner zerschmettert werden möchten, die Radikalen und Umstürzler aller Art, ja nicht aber seiner Majestät allergetreueste Opposition in den Parlamenten, in der Presse und in der Börse.

Aber noch weniger Grund zum Frohlocken als die liberal thnenden Börsengenossen haben die Parteigruppen, welche Jahre lang gewohnt gewesen waren, als die besonnenen Verteidiger von Thron und Vaterland über die „Reichsfeinde im Innern“ zu zeteren. Als sie gerade sich anschießen im gehobenen Bewußtsein teutscher Tugendhaftigkeit über die französischen Panamschwinder Pfü zu rufen, da erglänzte während die Welsenfondsquittungen an der Wand, und das Entrüstungswort erstarrt ihnen auf der Zunge. Nun stehen sie da links und rechts, schredgelähmt wie Leute, welche die dünne Sumpfschicht des Moorbodens unter den Füßen schwanken fühlen. Wird sie bersten? Wird die schwarze Fluth des Volkszornes sie verschlingen, die mit dem Male der Korruption Gezeichneten? Ein Kompromiß! ein Kompromiß! der eine Brücke baut hinüber auf den festen Boden des Einverständnisses der bürokratisch-militärischen Regierung mit den „regierungsfähigen“ Bourgeoisparteien!

Seit Wochen beräth im Reichstag die Kommission. Doch was da für und gegen die Militärvorlage geredet wird, hat wenig zu bedeuten für den Ausgang des Handels. Unter der Hand, hinter den Koulissen, da wird das Geschäft vorbereitet von klugen und erfahrenen Kompromißmaklern, die in der Aera Bismarck sich die lautschalartige Dehnbarkeit und Geschmeidigkeit für solche Staatskünsteleien erworben haben. Daß bei ihnen und ihrem Gefolge Bereitwilligkeit vorhanden, wer möchte das bezweifeln? Schwierigkeit kann nur an anderer Stelle entstehen und deshalb erschauern ihnen die Mannesfeelen, wenn der Wiederhall neuer königlicher Donnerworte durch die offiziellen Zeitungen rollt. Sie möchten um alles in der Welt nicht zerschmettert werden; nur ja nicht reizen! Das läßt sich nicht ungestraft thun; hübsch unterthänig und ergeben sein! Vielleicht wird dann ein kleiner Nachlaß der bitteren, dem Volke, ach, so sehr wenig wohlgefälligen Forderungen in Gnaden bewilligt, und dann können sie ihrem geängstigten Herzen die opferwillige Zustimmung abpressen, die Herren Volksvertreter, und getreuet vor der Reichstagsauflösung können sie dann jubeln: Ein Kompromiß, endlich ein vaterlandsrettender Kompromiß!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar.

Die Militärkommission ist nun mit der Generaldebatte glücklich zu Ende, allein in die Sache wird noch immer nicht eingetreten. Nachdem Wochen lang über die allgemeinen politischen und militärischen Verhältnisse des breitesten verhandelt worden ist, soll jetzt in gemüthlichster Behaglichkeit über die allgemeine finanzielle Seite der Frage gesprochen werden. Und erst dann — wie lange es dauern wird, das wissen die Götter — gedenkt man das zu thun, womit die Kommission ihre Arbeiten hätte beginnen sollen: nämlich sich über die Militärvorlage schlüssig zu machen.

Wir können nicht umhin zu erklären, daß diese Art und Weise des Vorgehens uns durchaus unwürdig zu sein scheint. Das Hinausziehen der Entscheidung kann doch bloß zum Zweck haben, Zeit für Kompromisse zu gewinnen. Nun wurden aber in der Kommission fortwährend Erklärungen abgegeben, welche, wenn ernst gemeint, die Möglichkeit eines Kompromisses ausschließen. Wie reimt sich das zusammen? Von zweien Eins: Entweder sind diese Erklärungen ernst zu nehmen (warum dann aber das Hinausziehen der Entscheidung?); oder die ganzen Kommissionsverhandlungen sind eine abscheuliche Komödie. In dem einen, wie in dem anderen Fall spielt weder die Regierung noch der Reichstag eine Rolle, auf die sie stolz zu sein Ursache haben.

In argen Schwulstigkeiten muß Herr von Caprivi sein, sonst ließe er nicht heute im Binder-Blatt ein Telegramm abdrucken, welches die Arbeiter der Rheinischen Dampfsessel-Fabrik zu Herdingen am 27. Januar zur Feier von Kaiser's Geburtstag an ihn schickten, um ihren freudigen Dank für sein Eintreten für die Heeresvermehrung auszudrücken. Warum läßt Herr von Caprivi nicht die Photographie dieser „Arbeiter“ veröffentlichen und — auch der Herren „Chefs“, welche die „freiwillige“ Rundgebung veranlaßt haben? Wir möchten diese „Musterarbeiter“ einmal sehen! Daß aber Herr von Caprivi so viel Talent zur Komik besitzt, hätten wir ihm nicht zugetraut.

Was kostet das schweizerische Militär? Gegenüber Bebel, der in der Militärkommission das Militärsystem empfohlen hatte, behauptete Herr v. Caprivi, das schweizerische System sei im Verhältniß der Bevölkerung theurer als das deutsche. Bebel hatte keine Gelegenheit, den Herrn Reichskanzler zu widerlegen, der Abg. Richter aber that es, unseren früheren Ausführungen entsprechend, wie folgt (siehe die „Freisinnige Zeitung“ vom gestrigen Tage):

Dem Reichskanzler sind bei seiner Berechnung der schweizerischen Militärkosten zwei große Irrthümer begegnet. In Wahrheit kostet der Schweiz das Militär noch nicht halb soviel, wie der Reichskanzler angenommen hat. Der erste Irrthum, welcher dem Reichskanzler begegnete, bestand in der Einrechnung einmaliger

Feuilleton.

nachdruck verboten.

2

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Was für düstere Geheimnisse mochte dieser Wald von Fissern bergen? Andrej starrte ihn an, begierig, den Inhalt zu errathen. Aber der Wald hielt eifersüchtig sein Geheimniß fest und die Enträthselung verlangte Opfer von Mühe und Zeit.

Nach einer kaum minutenlangen Pause machten sie sich mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit.

Einen Buchstaben nach dem anderen entzifferte Andrej, und sobald er genug Worte hatte, um einen Satz zusammenzustellen, las er ihn Lena laut vor. Die ersten Worte berührten ihn aber so schmerzlich, daß er nicht zum Ende des Satzes kommen konnte.

„Boris ist etwas zugestossen, ich bin fest davon überzeugt!“ rief er aus. „Sehen Sie her.“

Lena blickte schnell auf das Blatt, welches Andrej ihr zeigte, und dann auf das ihrige. Kein Zweifel, die Stelle bezog sich auf Boris, einen der begabtesten und einflussreichsten Leute ihrer Partei — und der Anfang des Satzes lautete schlimm, schlimmer als Andrej vermutete, denn sie

errieth die beiden nächsten Buchstaben, welche folgen mußten.

Ohne ihre Entdeckung jeht schon kundzugeben, fuhr sie fort zu diktiren: „Fünf, drei.“

„Sieben, neun;“ Andrej wiederholte es, indem er auf den Schlüssel nach dem Endbuchstaben sah.

„Schnell,“ sagte Lena ungeduldig, „sehen Sie denn nicht, es ist ein A.“

Das schlimme A wurde von Andrej hineingeschrieben. Der nächste Buchstabe war ein A, was noch böser war. Der dritte, vierte, fünfte Buchstabe wurde hineingeschrieben und ihre Zweifel waren, wenn sie noch welche hatten, geschwunden. Ohne ein Wort zu äußern, suchten sie mit fieberhafter Ungeduld den Schluß der Zeile zu entziffern und nach wenigen Minuten sahen sie schwarz auf weiß: Boris wurde vor kurzem in Dubrawnik verhaftet!

In sprachloser Bestürzung starrten sie einander an. Sowohl Verhaftungen wie Tod erscheinen immer unglaublich, selbst wenn man darauf vorbereitet ist.

„In Dubrawnik! Was zum Teufel hatte er in diesem verfluchten Dubrawnik zu thun?“

„Lesen wir weiter,“ sagte Lena, „vielleicht erfahren wir es. Es müssen hier noch einige Einzelheiten über seine Verhaftung angegeben sein.“

Sie nahmen ihre aufregende und schwierige Arbeit wieder auf und in kurzer Zeit, die ihnen aber zu einer langen Stunde wurde, hatten sie noch einige Zeilen entziffert. Sie erfuhren nur, daß Boris mit zwei Freunden nach einem hartnäckigen Kampfe mit der Polizei verhaftet worden sei. Dies war wenig, aber genug, um zu zeigen, daß der Fall ein verzweifelter war. Denn wie immer auch

Boris am Kampfe theilhaftig gewesen sein mochte, er war ein gezeichneter Mann. Einem neuen Befehle gemäß wurde jede Mitschuld bei solchen Handlungen mit dem Tode bestraft. Und Boris war nicht der Mensch, die Hände in den Schooß zu legen, während andere kämpfen.

„Arme Sina!“ seufzten sie beide. Sina war Boris' Frau.

Nach einer kleinen Pause hatte Lena aus den Fissern wieder eine Anzahl Buchstaben überseht, welche aneinandergereiht den Namen des Weibes bildeten, dessen Loos sie beklagt hatten.

„Sina, Sina, ist es möglich?“ rief Andrej an. Sein erster Gedanke war, daß auch sie verhaftet wäre. Aber nach weiteren fünf Minuten qualvoller Ungewißheit wurde es klar, daß er sich geirrt hatte.

„Sina,“ theilte ihnen der Brief mit, „ist nach Dubrawnik gegangen, um zu sehen, was zur Befreiung von Boris gethan werden kann.“

O, sie denken daran! Das freut mich!“ sagte Andrej. „Ein Grund mehr, um meine Heimkehr zu beschleunigen.“ Der Stelle, welche sich auf Boris bezog, folgte eine Liste der anderen Opfer, welche unlängst der Polizei in die Hände gefallen waren. Die bevorstehenden Prozesse wurden erwähnt, die drakonischen Urtheile vorhergesagt auf Grund der geheimen Informationen, die von den Beamten erzielt waren. Die traurigen Nachrichten über die Freunde, die im Gefängniß saßen, waren kurz zusammengefaßt, und zwar alles in der ruhigen, geschäftsmäßigen Art, in welcher die Berichte über die Todten und Verwundeten nach einer Schlacht zusammengestellt werden. Die Trauerbotschaft sickerte langsam durch.

außerordentlich er Militärausgaben der Schweiz unter die dauernden Lasten. Gerade in diesen Jahren macht die Schweiz verhältnismäßig große Aufwendungen für die Einführung eines kleinsten Gewehrs, der dazu gehörigen Munition und zur Befestigung des Nebergangs über den Gotthardt. Auf diese außerordentlichen Kosten, welche nicht wiederkehren, entfällt von vorn herein mehr als ein Viertel des schweizerischen Militäretats. Weiterhin aber hat der Reichskanzler die Einnahmen der Militärverwaltung nicht von den Ausgaben derselben in Abzug gebracht. Diese Einnahmen aber betragen auch mehr als ein Viertel des ganzen Militäretats und mehr als ein Drittel der ordentlichen fortwährenden Ausgaben. In dem schweizerischen Militäretat sind nämlich Einnahmen und Ausgaben einer Munitionsfabrik, einer Waffenfabrik, einer Konstruktionswerkstätte und der Pferdelegie nur vor der Linie in Rechnung gestellt. Alle diese Institute decken nämlich ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen bis auf verschwindende Summen, weil die Institute dasjenige, was sie für die schweizerische Armee oder für Private liefern, vergütet erhalten. Diefelben Ausgaben für Waffen, Munition, Pferde, Wagen hat der Herr Reichskanzler also zweimal in Rechnung gestellt, einmal als Ausgaben der Militärverwaltung gegenüber den Werkstätten, und dann wieder als Ausgaben der Werkstätten. Das ist ebenso falsch, als wenn man beispielsweise unsere Militärausgaben die Ausgaben unserer Artilleriewerkstätten hinzurechnen wollte. Auch diese Ausgaben werden nur vor der Linie berechnet und durch die Einnahmen gedeckt, welche bei diesen Werkstätten erwachsen durch die ihnen gut geschriebenen Ausgaben der Militärverwaltung für Wagen etc.

Sowohl in der schweizerischen Militärbuchung für 1891 als in dem mir vorliegenden schweizerischen Militäretat für 1892, bezugnehmend in der „Internationalen Revue für Heere und Flotten“ von Willebrand wird diese meine Ansicht im Einzelnen bestätigt. Es ergibt sich daraus, daß tatsächlich in den beiden letzten Jahren die ordentlichen fortwährenden Ausgaben der schweizerischen Militärverwaltung nur zwischen 16 und 20 Mill. Franks betragen haben. Die Schweiz zählt drei Millionen Einwohner, Deutschland 49 Millionen Einwohner. Auf der Grundlage des schweizerischen Wehrsystems würde sich also für Deutschland ein fortwährendes Militäretat von nur etwa 250 Millionen Mark jährlich ergeben, während wir jetzt an fortwährenden Ausgaben und Pensionen 500 Millionen Mark ausgeben und zwar ohne Hinzurechnung von einmaligen Ausgaben, also auch ohne solche Ausgaben, welche durch Kasernenbauten u. s. w. entstehen.

Der Reichskanzler Graf Caprivi hat auf diese Ausführungen nur erwidert, er müsse die Wichtigkeit der Bemängelung in bezug auf den nicht stattgehabten Abzug der Einnahmen der Militärverwaltung in seiner Rechnung anerkennen. Es bliebe aber doch noch zu prüfen, ob die Einrichtung dieser Einnahmen nicht für die schweizerischen Bürger anderweitige geldwerte Belastung mit sich bringe. Außerdem meins er sich zu erinnern, daß er bei der Begründung der schweizerischen Kosten ausdrücklich auf die Gotthardbefestigung hingewiesen habe.

Diese Replik ist von erheblicher Bedeutung. Die Einrichtung der erwähnten Militärwerkstätten bringt keinerlei Belastung für die Bevölkerung mit sich. Der beiläufige Hinweis auf die Gotthardbefestigung räumt die Thatsache nicht fort, daß die Ausgaben des Reichskanzlers unrichtig waren für den Zweck, zu welchem sie gemacht wurden. Die Nichtstellung der schweizerischen Zahlen beweist, daß das schweizerische Wehrsystem nicht, wie der Reichskanzler meint, theurer ist, als das deutsche, sondern um die Hälfte billiger.

Die Hauptsache aber bleibt daneben das geringe Maß persönlicher Militärausgaben, welche das schweizerische Wehrsystem seinen Bürgern auferlegt.

Die Volksabstimmung im Kanton St. Gallen (Schweiz) über Einführung des Proportional-Wahlsystems ist ungünstig ausgefallen. Mit 21 800 gegen 19 941 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Man sieht wieder einmal, die Demokratie ist etwas sehr Konservatives, was unsere Konservativen, die freilich keine Konservativen sind, sondern beschränkte Reaktionsäre, durchaus nicht einsehen. Indes, mit der Demokratie geht es auch vorwärts. Und der Proporz, der gestern in St. Gallen erlag, wird bei der nächsten Volksabstimmung siegen.

Nothstands-Aktionen. Die paar „unabhängigen“ Schreier, welche die Geschäfte der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie zu besorgen sich abmühen, schimpfen jetzt, daß die sozialdemokratischen „Führer“ in Sachen der Arbeitslosen ihre Ohnmacht oder ihren bösen Willen erwiesen hätten. Nun — die Sozialdemokraten sind keine Schwindler, die Unglückliche durch leere Versprechungen zu nasführen suchen; sie haben niemals gesagt, daß sie der Arbeitslosigkeit steuern könnten. Aber — andere Leute haben es gesagt. Und wir möchten die unabhängigen Schreier bei

Es war keine Möglichkeit, den bitteren Trank auf einmal zu leeren. Beim Austausch einer besonders schlimmen Nachricht konnten sie sich nicht enthalten, einige Worte zu wechseln. Sonst setzten sie ihre Arbeit ununterbrochen fort, ohne ihre Empfindungen zu äußern.

Sie kamen jetzt viel schneller voran. Gregor's Fesseln wurden zuverlässiger. Nach dem traurigen Verzeichnis von Verlusten und Leiden stießen sie auf eine angenehmere Stelle. Hier erwähnte Gregor kurz mit dem ihm eigenen optimistischen Eifer die raschen Fortschritte, welche die Bewegung im Allgemeinen, wobei er besonders die Wahrung der Gemüther, welche sich überall bemerkbar machte, als bedeutungsvoll hervorhob.

Diese Stelle des Briefes wirkte wie plötzlicher Siegesjubel, nachdem man eben über ein mit Leichen bedecktes Schlachtfeld hinweggekommen, oder wie der Anblick einer sonnigen Landschaft, nachdem man die Katafomben verlassen hat.

Der Egoismus des Lebens mit seinen Rechten und Reizen überschlich sie und so kamen sie nach ihrer traurigen Tagesarbeit in bessere Stimmung, als sie erwartet haben konnten.

„Ja, binnen kurzem wird es eine Katastrophe geben,“ rief Lena erregt aus, obgleich sie sehr entschieden den Grundsätzen der „bauernfreundlichen“ Richtung anhing und deshalb alle Dinge, auf die Gregor anspielte, im direkten Gegensatz zu ihren Grundsätzen sah. Sie erhob sich, um auf- und abgehend ihre steif gewordenen Glieder wieder gelenkig zu machen. Hieraus nahm sie den Brief, trodnete ihn sorgfältig über der Lampe und entzündete ein Streichholz mit der augenscheinlichen Absicht, das Schreiben zu verbrennen.

„O, nicht doch,“ fiel lebhaft Andrej ein. „Warum nicht? Sie haben doch die Adressen abgeschrieben?“

„Ja, aber ich möchte ihn noch eine zeitlang aufbewahren.“

„Wozu denn? Damit er in unberufene Hände fällt?“ erwiderte scharf das Mädchen.

dieser Gelegenheit einmal fragen, was ihr Mann, Domela Nieuwenhuis, mit seinem und ihrem Rezept in Holland ausgerichtet hat? Ist den Arbeitslosen dort geholfen worden? Nein. Und ist eine Revolution gemacht worden? Auch nicht.

Es fällt uns nicht ein, Herrn Nieuwenhuis zu tadeln, weil er das Unmögliche nicht gethan hat. Wohl aber sind wir der Ansicht, daß zwischen renommistischen Kraftproben und wirklich revolutionärem Handeln ein sehr großer Unterschied ist, ja, daß in der Regel das eine das andere ausschließt.

Ueber den Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns berichtet die Wiener „Arbeiterzeitung“:

Am 6., 7. und 8. Januar fand in Budapest der zweite Parteitag der ungarländischen Sozialdemokraten statt. Er war von 60 Genossen aus Budapest und 38 Genossen aus den Provinzen besetzt, wobei zu bemerken ist, daß auch Kroaten zum ersten Male von 2 Delegirten vertreten war. Von Seite der österreichischen sozialdemokratischen Partei wurden die Genossen Schrammel und Prehl entsendet. Die Hauptaufgabe des Parteitages war, sich klar darüber zu werden, ob das Programm und die Taktik des Parteitagkongresses, welche am ersten Parteitag der ungarischen sozialdemokratischen Partei angenommen wurden, genehmigt werden sollen, und die zweite Hauptaufgabe bestand darin, einen Organisationsplan für ganz Ungarn zu entwerfen, um die Partei zu kräftigen und ihr eine feste Grundlage zu geben. Die Verhandlungen haben bei diesen Punkten ergeben, daß an dem Programm und der Taktik, welche vom ersten Parteitag beschlossen wurden, im allgemeinen nichts zu ändern ist. Es wurde nur das eine zur Annahme empfohlen, daß der Zusatz „ohne Unterschied des Geschlechtes“ bestens ausgedrückt werde, im Uebrigen wurde dieses Programm einstimmig angenommen. Was den Organisationsentwurf anbelangt, so erklärten sich die Genossen mit dem der österreichischen Genossen einverstanden; dieser wurde auch mit ganz wenigen Aenderungen angenommen. Auch beschloß man, den 1. Mai 1893 gleich den österreichischen Genossen unter allen Umständen zu feiern, in dem Wollen, daß das ungarländische arbeitende Volk ebenso wirtschaftlich und politisch geknechtet sei, wie das österreichische. In der Affäre Engelmann (des früheren Redakteurs der Budapest „Arbeiterpresse“) und Genossen konnte leider trotz aller Mühe, welche sich gerade die Provinzgenossen gaben, kein Ausgleich zustande kommen, weil in erster Linie Engelmann und Genossen den Parteitag verließen, und jede Verständigung mit ihren Kampfgenossen im Vorhinein ausgeschlossen, und weiter, weil sie selbst der Kommission, welche nur aus Provinzgenossen gewählt wurde, jede Möglichkeit nahmen, verschöndert einzugehen. Trotzdem diese Kommission vielmals die Genossen Engelmann's bat, sie möchten zur Verhandlung kommen, lehnten diese mit aller Entschiedenheit ab. Sie wollten, die Kommission solle zu ihnen kommen, und auf dieses konnte sich diese nicht einlassen, weil sie vom Parteitag berufen war, beide Parteien anzuhören und danach zu urtheilen, und das konnte nur im Beisein beider Parteien geschehen. Die Folge der Partynärrigkeit war, daß die Kommission den Beschluß faßte: Engelmann und Genossen sind von der Organisation so lange ausgeschlossen, bis sie den Beweis für ihre schweren Anschuldigungen geliefert haben. Dieser Kommissionsbeschluß wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. Was den Parteitag selbst betrifft, so muß konstatirt werden, daß die Verhandlungen bis auf die Affäre Engelmann einen sehr würdigen Verlauf nahmen. Jeder einzelne war bestrebt, im Dienste der Partei seine ganze Kraft einzusetzen. Mit großem Interesse wurden die Berichte der Landarbeiter verfolgt, und deren traurige Lage machte einen tiefen Eindruck. Die neugewählte Parteileitung, welche aus elf aktiven und drei Erfahrmännern besteht und deren Namen wir am Schlusse veröffentlichen, wird viel zu thun haben, aber sie hat sich das Versprechen gegeben, mit allem Wissen und Können der Partei zu dienen. In die Parteileitung wurden folgende Genossen gewählt: Gombosy, Proff, Schreier, Rádi, Ferencz, Jázay, Schiler, Klement, Erdödy, Eigner, Csébrényi; als Ersatz: Bauer, Replinger, Sermann. Nachdem Gombosy in ungarischer und Stüllein in deutscher Sprache die Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse dargelegt hatten, wurde der Parteitag mit dem Gesang der Marxhymne geschlossen.

So der Bericht der „Arbeiter-Zeitung“. In zwei ungarischen Gewerkschaftsblättern, die uns vorliegen, und zwar dem „Schuhmacher“ und dem „Gutenberg“, wird dagegen das Verhalten des Parteitages gegen Engelmann und Genossen sowie die Thätigkeit der Parteileitung aufs schärfste getadelt. Das abschließende Urtheil muß jedoch der Gesamtheit der Sozialdemokraten Ungarns vorbehalten bleiben. Deutschlands Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, sich in Streitigkeiten der Genossen anderer Länder irgendwie einzumischen.

Andrej hielt solche Vorsichtsmaßregeln in der Schweiz für überflüssig. Lena war aber nicht leicht zu überzeugen; gleich den meisten Frauen, die in eine Verschwörung verwickelt sind, beobachtete sie strenge alle Vorschriften.

„Vielleicht giebt jeder in etwas nach,“ sagte sie einlenkend. Sie riß die erste Hälfte des Briefes, der die persönlichen Angelegenheiten enthielt, ab und vernichtete sorgfältig die wenigen Stücke, welche Ziffern enthielten.

„Sie wollen dies lesen, nicht wahr?“ sagte sie.

„Lassen Sie es gut sein. Ich nehme Ihren Vergleich an. Ich ziehe diesen Theil entschieden vor und verzichte auf den Rest,“ sagte Andrej, während das Mädchen vor dem Kamin knieend die Ueberbleibsel des Briefes sowohl als auch die zwei Bogen, auf denen sie beschiffert hatten, verbrannte. Nachdem sie ihr Gewissen auf diese Weise erleichtert, nahm sie ihren Sitz wieder ein.

„Sie verlassen uns also, Andrej,“ sagte sie träumerisch. In dem Tone ihrer Stimme und dem Blicke ihrer ehrlichen, lähnen, blauen Augen, die sie auf ihren Gefährten heftete, lag eine größere Wärme als gewöhnlich. Für die Zurückbleibenden hat der Anblick eines Mannes, der im Begriffe steht, seine Zufluchtsstätte zu verlassen, um in dem Reiche des Jaren sein Leben von neuem aufs Spiel zu setzen, immer etwas Ergreifendes.

„Werden Sie bald abreisen?“ fragte sie.

„Ja,“ sagte Andrej. „Geld und Paß, hoff ich, werden in drei bis vier Tagen hier sein. Diese Zeit reicht vollkommen hin zu meinen Vorbereitungen.“ Dann fügte er plötzlich nach einer kaum merklichen Pause hinzu:

„Ich möchte gerne wissen, ob sie meinen Namen bereits herausgefunden.“

„Wen meinen Sie?“ fragte das Mädchen, die Augen erhebend.

„Boris! Wen sonst?“

Dieser große Verlust hatte die ganze Zeit trotz seiner scheinbaren Ruhe und Heiterkeit unaufhörlich an seinem Herzen genagt.

„Ich glaube nicht, daß sie ihn so bald erkennen werden. Boris war früher nie in Dubrawnik. Ueberdies hätte

In Italien ist es der Regierung noch einmal gelungen, die parlamentarische Unterjochung des Bankswindels zu verhindern, oder wenigstens hinauszuschieben. Die Kammer hat am Sonnabend mit 274 gegen 154 Stimmen die von Giolitti, dem Ministerpräsidenten selbst, beantragte Tagesordnung angenommen, durch welche die Beschlußfassung über die Untersuchungsanträge auf drei Monate vertagt wird. Dieser parlamentarische Sieg ist die denkbar größte moralische Niederlage der Regierung und ihrer Majorität. Und hier nehmen wir das Wort „moralische Niederlage“ nicht in dem harmlos platonischen Sinne des Liberalismus, dessen moralische Siege und Niederlagen nichts sagende Redefiguren sind, hinter denen die unaugenehme Wirklichkeit versteckt werden soll. Wir meinen eine moralische Niederlage, die eine wirkliche, zerschmetternde Niederlage ist, und einen so schmachvollen moralischen Bankrott des Ministeriums bedeutet, daß das Verbleiben desselben im Amt auf die Dauer unmöglich geworden ist. Wenn man die Entwicklung und den Verlauf der zwei gleichzeitigen Finanzskandale in Italien und in Frankreich mit einander vergleicht, so sieht man doch, welche gesunde Heilkraft in dem allgemeinen Stimmrecht liegt, und wie sehr das demokratische Regierungssystem den Vorzug verdient vor der monarchistischen Scheinfreiheit und Scheingegentlichkeit, die ohnmächtig sind gegenüber dem Gifte der Korruption. Es steht fest, daß die höchsten politischen und Finanzkreise in Italien in den Bankstandal verwickelt sind — genau so wie in Frankreich ein Theil der vornehmsten Politiker in den Panama-Standal. Während aber in Frankreich die Untersuchung erzwungen worden ist, und die Bestrafung der Schuldigen nicht mehr verhindert werden kann — hat das italienische Ministerium dem Rechtsgefühl der Nation ein Schnippen geschlagen — dank der Zusammenziehung der Kammer, die nicht wie in Frankreich aus freien Volkswahlen hervorgegangen ist, sondern dem korruptesten Wahlsystem der Welt ihren Ursprung verdankt, und die Korruption des Wahlsystems in sich selber zum Ausdruck bringt. Die Schuldigen wollen nicht vor den Richter, das ist das ganze Geheimniß. Nun, für den Augenblick haben sie ihren Zweck erreicht. Lange wird der „Sieg“ jedoch nicht vorhalten. Der letzte Rest von Achtung, dessen das Ministerium sich noch erfreute, ist jetzt dahingeschwunden — lauter und lauter wird der Ruf nach Bestrafung der „Bestochenen und der Bestecher“ ertönen, und je länger der unvermeidliche Sturz des Ministeriums's Giolitti hinausgeschoben wird, desto breiter und tiefer wird der Morast sein, — in welchem es verschwindet. — Inzwischen haben trotz aller offiziellen Vertuschens neue Verhaftungen vorgenommen werden müssen; sechs Abgeordnete sollen schon auf der Liste des Staatsanwalts stehen — ganz blind kann er nicht sein — und da die Gefangenen Bankdirektoren die Beichte fortsetzen, so wird die Galgenfrist von drei Monaten, die Herr Giolitti sich erbettelt hat, voraussichtlich stark abgekürzt werden.

Belgien. Die Regierungs-Behörden haben das Referendum, d. h. die freiwillige Volksabstimmung über das allgemeine Stimmrecht verboten. Da das Verbot aber ungesetzlich ist, werden die Gemeindebehörden in Brüssel, Gent und anderen Städten das Referendum doch vornehmen lassen.

Der Grundbesitz in Frankreich. Die Zahl der Grundbesitzer in Frankreich beträgt 5 671 700, mit zusammen 79 727 200 Hektaren. Von dieser Zahl besitzen 2 167 600 je unter 1 Hektar — zusammen 1 883 890; 1 885 800 haben zwischen 1 und 5 Hektaren — zusammen 5 597 600; 769 100 zwischen 5 und 10 Hektaren — zusammen 5 768 600; 788 600 zwischen 10 und 50 Hektaren — zusammen 17 834 500; und 85 600 besitzen je 50 Hektare und mehr — zusammen 49 561 700. Wirklich rentabel ist nur der landwirtschaftliche Betrieb der beiden letzten Kategorien. Von mehr als 5 1/2 Millionen sogenannten Grundbesitzer haben also bloß 889 206 — das heißt weniger als ein Sechstel ein ordentliches Auskommen wohl gemerkt ohne Hypothekenschulden, die bei allen, mit Ausnahme der reichsten vorhanden sind —; und von den glücklichen 889 200 Grundbesitzern ist nur der zehnte Theil — die Besitzer von über 50 Hektaren — wohlhabend und reich zu nennen.

Das englische Parlament tritt morgen zusammen. Während der Ferien ist die schwache Majorität des Mini-

Gregor einen solch wichtigen Punkt nicht unerwähnt gelassen.

„Ich wünsche, Sie hätten Recht,“ sagte Andrej. „Die Befreiung wäre dann viel leichter. Auf irgend eine Art werde ich bald darüber etwas erfahren.“

Sie sprachen noch über geschäftliche Angelegenheiten. Das Mädchen hatte augenscheinlich in betreff des Einschmuggels eines Russen in sein Vaterland persönliche Erfahrungen. Sie gab ihrem Freunde einige werthvolle Winke, obgleich er um mehrere Jahre älter war.

„Und wenn Sie sich im Strudel befinden, müssen Sie uns hier nicht ganz vergessen,“ sagte sie mit einem Seufzer. „Sie müssen an mich oder Wassilij hin und wieder schreiben. Auch möchte ich gerne zurückkehren. Sie müssen dies für mich einzurichten suchen, wenn Sie können.“

„Recht gerne! Wo ist übrigens Wassilij selbst? Warum haben Sie ihn nicht mitgebracht?“

„Er war nicht im Casé. Ich bestellte ihn hierher. Er ist wahrscheinlich ausgegangen — in die Oper, denke ich. Heute kommt „Robert“ zur Aufführung. Sonst wäre er längst hier gewesen.“

Sie steckte ihre Hand in die Tasche und zog eine schwere goldene Uhr hervor. Diese Uhr war ein altes Familienstück und ihr sehr theuer, weil sie dieselbe von ihrem Vater, einem General aus Kaiser Nikolaus' Zeiten, geerbt hatte. Sie war ihre Begleiterin einst nach Sibirien und ihre Gesährtin jetzt in der Verbannung. Gelegentlich diente sie als Zeitmesser, meist aber lag sie im Interesse ihrer Besitzerin oder dem der Freunde — friedlich beim Wandverleiher in der Gewahrsam. Diese Leute standen sich so nahe, daß der Begriff Privatigentum ganz ausgeschlossen war. Aus dem Umstande, daß die Uhr sich im Besitze ihres rechtmäßigen Eigentümers befand, konnte man folgerichtig schließen, daß es ihren früheren Mitverschworbenen im jetzigen Augenblick ziemlich gut ging.

„O, schon so spät,“ sagte Lena. „Nach zwölf. Ich muß nach Hause, um morgen rechtzeitig in meine Unterrichtsstunden zu kommen.“

steriums Gladstone noch mehr zusammengeschrumpft und alle Verjüngung, die eine gewisse innere Festigkeit zu geben, sind unzulänglich gewesen. Die Regierungen liberaler, denen die Opposition als kompakte Masse gegenübersteht, sind auf die Unterstützung der Irländer und der radikalen Arbeitervertreter angewiesen. Nun sind aber die Irländer nach wie vor unter sich gespalten und ein Theil ist der Regierung ausgesprochen feindlich; und die Arbeitervertreter haben auf's Unzweideutigste ihren Willen bekundet, die Regierung nur dann zu unterstützen, wenn sie auch wirklich etwas Ernstliches für die Arbeiter thue — wenn sie dies nicht thue, aber den Sturz der Regierung herbeizuführen. Mit zweifelhaften Konzeptionen, wie dem verheißenen neuen Arbeitsamt werden Reich Hardie und Burns sich nicht abspitzen lassen, und da die Opposition den Kampf sofort mit allem Nachdrucke beginnen wird, so ist es leicht möglich, daß die Regierung schon vor Oftern eine Niederlage erleidet. Dann müßte sofort die Auflösung des Parlaments erfolgen und eine allgemeine Neuwahl angeordnet werden. Freilich ist auch eine Hinanzschiebung der Entscheidung denkbar. In jedem Fall scheint es gewiß, daß noch im Laufe dieses Jahres in England Neuwahlen stattfinden müssen. Der jetzige Zustand ist nur ein Provisorium. —

Auf den Sandwich-Inseln, deren Bewohner bisher in fast paradiesischer Unschuld dahin lebten — das Wort Unschuld muß allerdings etwas weitherzig genommen werden — ist plötzlich das schlimmste aller politischen Kulturübel hereingebrochen, nämlich eine Revolution. Die junge Königin — eine Tochter des urwüchsigen Kalakaua, den die Berliner Halbwelt noch in gutem Andenken hat — gerieth auf irgend eine noch nicht aufgeklärte Weise in Verfassungskonflikte, und das Ende vom Liede war, daß sie abgesetzt, die Monarchie abgeschafft und die Republik proklamirt wurde — und zwar mit Anschluß an die Vereinigten Staaten von Amerika, falls diese dazu bereit seien. Zu Blutvergießen scheint es nicht gekommen zu sein. Die Deputation ist schon nach Washington unterwegs. Und wenn es auch keineswegs sicher ist, ob die Vereinigten Staaten diese etwas abgelegene Inselgruppe direkt annektiren werden, so sieht doch sehr, daß die Amerikaner von jetzt an in noch ausgedehnterem Maße als bisher das Regiment über jene Inselgruppe führen werden.

Die Vereinigten Staaten sind überhaupt in einer sehr glücklichen Lage. Ohne Arme und Flotte, ohne daß sie einen Finger zu heben brauchen, erreichen sie das höchste Ziel landhungriger Despotenstaaten: sie gewinnen immer mehr Land und werden immer größer. Die neuen Erwerbungen wachsen ihnen nur so zu: die Perle der Antillen — Cuba —, Canada, die Sandwich-Inseln, die Samoa-Inseln — nach denen Fürst Bismarck in seiner junkerlichen Unwissenheit griff, als er sein erstes kolonialpolitisches Schwindelexperiment machte — die Viren sind alle reif, sie laden zum Einbeißer ein, und brauchen nur gepflückt zu werden. —

Zum Kapitel der bürgerlichen „Armenpflege“.

Ueber den Zustand der städtischen Miethsbaracken bei Darmen-Wittershausen ist von den Arbeitern gelegentlich der Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik folgendes festgestellt worden. Die Baracken bilden einen etagenlosen Langbau, der etwa 100 Meter Doppelfront mißt: es wohnen darin die Kerne der Armen, die ihre letzte Zuflucht zur Darmen Armenverwaltung nehmen müßten. Das Gebäude macht von außen den Eindruck einer außer Gebrauch gesetzten Epidemie-Baracke oder eines großen Stalles. Erst die mit Gardinenreihen und Säulen verhängenen oder verstopften Fensterlöcher lassen vermuthen, daß in dem Gebäude Menschen wohnen. Die Wohngefasse liegen wie Buchstabenreihen neben einander und durch die undichten Entrees jagt der Schnee, führt der Regen und pfeift der Sturm. Weiter heißt es in der „Freien Presse“, der diese Angaben entnommen sind: Der Fußboden der Baracken besteht aus Ziegeln, worüber eine Asphaltdecke gelegt ist; das Dach ist aus Brettern und mit Theerpappe überzogen. Die gemauerten Wände triefen vor Feuchtigkeit, und diese Feuchtigkeit erzeugt im Verein mit der Ofenwärme und

„Und ich zu meinen literarischen Arbeiten,“ bemerkte Andrej.

„Damit ich nicht vergesse,“ sagte das Mädchen, „Sie müssen dafür sorgen, daß auf einen der Unfreien Ihre Anstellung übertragen wird.“

„Natürlich! Sie würde sich sehr gut für Wassilij eignen. Bei seinen bescheidenen Ansprüchen werden achtzig Frank monatlich für alle seine Bedürfnisse reichlich genügen.“

„Sicherlich!“ sagte Lena, ganz ohne Grund in mütterlichem Tone.

„Und sogar, um etwas zu erübrigen, um Sie ins Konzert und in die Oper zu führen.“

Das Mädchen erröthete, obgleich sie auf eine derartige Bemerkung gefaßt war. Andrej neckte sie immer mit ihrem Anbeter.

„Wassilij ist jedenfalls ein Mann von strengen Grundsätzen. Kein Sybarit, wie Sie,“ sagte sie lächelnd. „Doch, gute Nacht, ich kann mich nicht länger mit Ihnen herumzanzen.“

Er nahm die Lampe, begleitete sie die Treppe hinunter und wartete, bis sie sicher in ihrem Hause war, welches quer über der Straße lag. Dann kehrte er langsam in sein einsames Zimmer zurück.

Der Brief lag verführerisch auf dem Tische. Lena hatte richtig errathen. Als er sie um den Brief bat, war es ihm darum zu thun, später, wenn er allein wäre, sich an den lieben Worten seiner ferneren Freunde zu erquicken. So aber war ihm dies unmöglich, das Mädchen hatte ihm das Vergnügen verborben, indem sie es erröthete. Er steckte den Brief in die Tasche, um ihn am nächsten Tage zu lesen.

Er öffnete im Hintergrunde die in einen Alkoven führende Thür, wo sein Bett stand und deckte dasselbe auf. Aber er war zu aufgereggt, um schlafen zu können.

Lange noch schritt er in seinem Zimmer auf und ab, indem er die Dinge, die der Tag gebracht, überdachte. Seine letzte Vergangenheit in der Verbannung und seine nächste Zukunft im Kampfe gemeinschaftlich mit seinen Freunden zogen abwechselnd an seinem Geiste vorüber.

Drei lange, lange Jahre waren verfloßen, seitdem

der Kochlust sowie den Ausblüthen der Menschen in dem vielleicht 10 Quadratmeter großen Raum einer solchen Wohnung eine giftigschwärmige Atmosphäre, die die stärkste Menschennatur zu Grunde richten muß, Kloßes und Kanalisation sind von geradezu verblühender Unzulänglichkeit, den mindestens 240 Personen zählenden Bewohnern dient hierzu nur eine Grube mit 3 Aborten. Familien von 4 bis 10 Köpfen benötigen ein solches Loch als Küche, Wohn-, Schlaf-, Zimmer und Waschküchenraum. Ihre Schlafstätten bestehen aus Bettstätten, die mit saulem Stroh, Heu, Harnkräutern und Lumpen gefüllt sind. Zum Zubeden dienen alte Kleider und Sack. Schreiber dieses sah Emen, die aller Beschreibung spotten; man kann es einfach nicht wiedergeben, so unendlich erbärmlich, so furchtbar ist der Gesamtindruck dieser Summe von Elend. Eine Familie mit sieben Kindern hatte als Sonntagstisch eine Schlempe von Kartoffelschalen gekocht; ein schwindelkranker Familienvater erhielt als Patientengericht einen Mehlsuchen mit Brotkrumen als Einlage, aber die Pfanne war nicht etwa mit Butter oder Fett angefeuchtet, sondern mit einem fettigen Lappen. Eine Wöchnerin hatte nicht einmal Geld zu einem 1/4 Pfund Grütze, zur Herstellung einer Schleimsuppe, sie fütterte den Säugling mit abgelaugtem Gerstenkaffee! Von Kleibern oder Schauhweil der meisten Barackenbewohner zu sprechen, hieß den Thatsachen Gewalt angethan. Fünf Kinder einer Familie liefen barfuß auf dem kalten Asphaltboden, vier Kinder einer anderen Familie wickelten die Hände in Sacksehn und hingen sich Säcke über, die sie des Nachts als Bettdecke benutzten. Sätze spielen überhaupt eine Unvergleichliche bei diesen Ausgestoßenen der heutigen Gesellschaft, sie dienen nicht nur zu Bekleidungs- und Bettwecken, sie finden auch als Teppiche, Fenstervorhänge, Kochtopfdeckel, Kleider etc. Verwendung. Angesichts solchen Elends begreift man wahrhaftig, daß der Familienvater die Lust zu solcher Erziehung verliert und zum Dieb wird, daß Mutter und Tochter in der Prostitution kein verbrecherisches Gewerbe sehen, im Hinblick auf den elen Zustand der Kinder und Geschwister. Diese Baracken bilden wahre Seuchenherde; nicht nur, daß die Hunderte von Bewohnern einer eintretenden Epidemie unbedingt zum Opfer fallen müssen, es würde auch keine sanitäre Maßregel so mächtig sein, eine Uebertragung der Krankheitskeime in die Stadt zu verhindern. Wo beginnt nun die Humanität der Barmer Behörde? Steht sie etwa diese Wohnstätte gratis zur Verfügung oder bezahlt sie mindestens die Schlempe, die die Bewohner essen? Das folgende wird darüber Klarheit schaffen: Der Bewohner eines solchen Gefasses von einem Quadratmeter, ohne Zimmerthüre und ohne Holzfußboden, zahlt pro Woche 1,50 M. Miete, die zudem Sonntags durch einen, in einem freundlichen Häuschen stationirten Polizisten einkassirt wird. Kann der Familienvater nicht zahlen, so wird er von Weib und Kindern gerissen und des Hauses verwiesen, wogegen die Familie noch geduldet und mit einer Zuthaltung von wöchentlich einem Schwarzbrod oder einem Schöffel Kohlen, höchst selten aber mit beiden, „unterstützt“ wird. Und obendrein geht der Mann mit dem Bewohnen des „Miß“ für ein Jahr des Wahlrechtes verlustig, trotzdem er seine keineswegs billige Miete zahlt. Die Statistik der in den Baracken wohnenden Arbeitslosen hat folgendes ergeben: 40 Arbeitslose, die zusammen 15 Jahre ohne Beschäftigung sind, haben 121 Personen zu ernähren, darunter über 70 Kinder unter 14 Jahren, und als Wohnung dienen den 121 Personen, worunter strophulöse Kinder und hochgradig schwindelkräftige Eltern, nur 23 Zimmer der geschickerten Art. Diese Bittern mögen das noch nachholen, was die Stütze nicht gesagt hat. —

So der Bericht der „Freien Presse“. Die Arbeiter Elberfeld-Barmens haben sich durch seine Veröffentlichung ein Verdienst erworben, das, wenn nicht in Rheinland, so doch hoffentlich in Berlin Veranlassung geben wird, der Barmer Stadtverwaltung die schnellste Einführung menschenwürdiger Zustände von Amtswegen zur Pflicht zu machen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages hat sich die Pause in den Plenarverhandlungen des Reichstages zu nutze gemacht und am Montag zwei Sitzungen abgehalten. Zur Verhandlung standen die von der Regierung für erforderlich gehaltenen Schiffsbauten.

Verlangt werden ein Panzerschiff, zwei Panzerfahrzeuge; die im vorigen Jahr am Schulgesch Geschlechte Kreuzer Torpede K. zwei Kreuzer; zwei Aufzugsdampfer; ein Divisions-Torpedoboot sowie acht Torpedoböote. Für diese theils zum Ersatz für ältere Schiffe, theils zur Vermehrung der Flotte bestimmten Neubauten, deren erste Rate in dem diesjährigen Etat gefordert werden, verlangt die Regierung im ganzen etwa 40 Millionen Mark, welche in etwa 4—5 Jahren verbraucht sein werden.

Andrej Kojuchow bei seinen ersten Versuchen, Propaganda unter den Bauern zu machen, und den daraus folgenden Kampfen kompromittirt wurde und auf Drängen seiner Freunde einen „Luftwechsel“ vorgenommen hatte. Wiederholt hatte er in dieser Zeit, von Heimweh und Thatendurst getrieben, seine Freunde ersucht, ihm die Rückkehr zu gestatten; aber erfolglos. Es war eine Pause im Kampf, die Polizei war keiner besonderen Sache auf der Spur und da sie sich seines Namens sehr wohl erinnerte, konnte seine Rückkehr die ganze Schaar in Bewegung bringen. Unfähig irgend etwas zu thun, würde er seinen Freunden, die für seine Sicherheit zu sorgen hätten nur eine Last gewesen sein. Sobald er aber irgendwie gebraucht werden könnte, wollten sie es ihm wissen lassen. Mittlerweile mußte er sich ruhig verhalten und sich nach Arbeit umsehen, sei es in der revolutionären Literatur oder in der sozialen Bewegung des Auslandes.

Er schrieb für mehrere im Auslande erscheinende russische Blätter, aber die Natur hatte ihm ein eigentlich literarisches Talent versagt; er fühlte in sich eine heiße entusiasmische Seele, aber er verstand es zu wenig, seinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, so daß Dinge, die sein Herz tief bewegten, zu Papier gebracht, jeder Originalität und Frische entbehrten.

Noch weniger waren seine anderen Bestrebungen von Erfolg gekrönt. Seine Seele war von russischen Sorgen und Erinnerungen erfüllt, und so betrachtete er sich bei den Versammlungen der ausländischen Sozialisten nur als vorübergehenden Gast. Es war ihm nicht möglich, zwei Herren zugleich zu dienen. Allmählig hatte sich sein Gemüth an das Leben in der Verbannung mit seinen kleinen Unruhen und Sorgen gewöhnt und sein Thatendrang im innigen Verkehr mit einer freien großen Natur und im unbeschränkten Zugang zu den Schätzen der Wissenschaft einen kleinen Ertrag gefunden. Mittlerweile kam ihm eine lebendige Botchaft aus der Heimath in der Person der Helena Subowa, seiner Gefährtin in der Bewältigung des Briefes. Sie hatte sich, aus Sibirien entronnen, in Petersburg eingefunden, um dem Bunde ihre Dienste anzubieten, war aber dann sofort ins Ausland geschickt worden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Staatssekretär der Marine begründete sehr eingehend und ebenso lebhaft die Regierungsforderungen, sand jedoch in der Kommission nur sehr vereinzelt Zustimmung. Die Kommission lehnte außer einem Kreuzer und einem Uffo sämtliche Schiffsbauten ab und bewilligte dagegen die verlangte Vermehrung des Torpedoboots.

Die Torpedoböote erfreuen sich so großer Sympathie im Reichstage, daß selbst zwei freisinnige Mitglieder der Kommission (Hinke und Hermes) sich für die Bewilligung dieses Postens erklärten.

Interessant war die Aeußerung des Staatssekretärs der Marine, daß die für Deutschland beschaffte Schichau'sche Werft in Danzig auch an Rußland und Frankreich Torpedoböote liefert.

Zu bemerken ist noch, daß die zur Fortführung früher beschlossener Schiffsbauten nothwendigen Summen im Betrage von etwa 8 Millionen Mark sämtlich bewilligt wurden.

Soziale Uebersicht.

Am grünen Tisch. Der Staat, schreibt die neue Buda- pester Zeitschrift „Der Arbeiter“, hütet die Interessen des steuerzahlenden Volkes gar eifrig; wer es nicht glaubt, möge sich folgendes Beispiel merken, das der Abgeordnete der Regierungspartei Franz Besenpe in einer am 16. d. gehaltenen Rede zum besten gab. Das Beispiel zeigt, wie der Staat, auch wenn es sich nur um 20 Kreuzer handelt, sich diese nicht leichtfertig, sondern erst nach gründlicher Untersuchung entziehen läßt. Ein armes Dienstmädchen in Wien geht, weil es Hunger hat, ins Krankenhaus, verzehrt dort das Mittagessen und geht Nachmittags aus dem Spital, eine Schuld von 20 Kreuzern für das Essen zurücklassend. Die österreichische Regierung schreibt dieserhalb an das ungarische Ministerium des Innern und bittet, das Mädchen ausfindig zu machen. Der ungarische Minister des Innern schreibt jetzt an 66 Obergespans und an die Bürgermeister von 25 Freistädten. Die 66 Obergespans schreiben an 412 Oberstuhlrichter und an die Bürgermeister von 148 Städten mit geordnetem Magistrat. Die 412 Stuhlrichter schreiben an 6700 Gemeindevorstände und Kreisnotare. Diese 6700 Notare erstatten Bericht an die 412 Stuhlrichter, die 412 Stuhlrichter und 148 Bürgermeister an die 66 Obergespans, die 66 Obergespans und 25 Bürgermeister von königlichen Freistädten an das Ministerium des Innern, daß die Gesuchte trotz der sorgfältigsten Nachforschungen nicht aufgefunden werden konnte. Das ist doch eine musterghätige Verwaltung! Und alles wegen 20 Kreuzer! Ob's in den übrigen Staaten unserer glücklichen Europa in solchen Fällen besser geht, ist fraglich.

Ueber die ergebnislose Konferenz, die jüngst wieder zwischen Fabrikanten und Ausständigen der Baumwollindustrie in Lancashire stattfand, berichtet die Londoner „Allg. Corr.“: Die Arbeitervertreter erklärten sich bereit, den Gewerkschaften zu rathen, die Arbeit zu den alten Lohnsätzen unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß, wenn nach Verlauf von 8 Monaten die Preisdifferenz zwischen Baumwolle und Garn keine genügend große sein sollte, sie eine fünfprozentige Lohn- kürzung sich sollten gefallen lassen. Die Fabrikanten wiesen den Vorschlag als unannehmbar zurück. Darauf erklärte der Sekretär des Arbeiterausschusses, Mr. Maundley, daß bei dieser Sachlage von der weiteren Fortsetzung der vierzehntägigen Beratungen kein Nutzen zu erwarten ließe, und da die Fabrikanten gleicher Meinung waren, wurde die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt. — In Manchester liefen Gerüchte um, daß eine große Anzahl von Baumwollfabrikanten, Mitgliedern des Bundes der Meister, mit der Ablehnung der Vorschläge der Arbeiter durch die Unternehmervertreter unzufrieden sei; man wolle das Exekutivkomitee des Bundes um Einberufung einer großen Versammlung ersuchen, auf der die Lage vom Standpunkt der Fabrikbesitzer gründlich besprochen werden soll.

Briefkasten der Redaktion.

Unfallpeter. Die Rente scheint richtig berechnet zu sein. Um dies genau beurtheilen zu können, müßten Sie uns die Berechnung selbst (zwischen 12 und 1 Uhr) einmal vorlegen. Sie scheinen zu übersehen, daß nach § 6 des Unfallversicherungs- Gesetzes die Renten der Wittve u. d. der Kinder leider 90 pCt. des Arbeitsverdienstes nicht übersteigen dürfen. Ergiebt sich ein höherer Betrag, so müssen nach § 6 die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt werden. Der Gesetzgeber hat sehr sorgfältig vorgeesehen, daß die Räume der armen Wittven des Verunglückten nicht in den Himmel wachsen.

Güttschiner. Ist die Wohnung gesundheitsgefährlich, so haben Sie das Recht vom Wirth zu verlangen, daß er die Wohnung brauchbar herstellen lasse, und daß er eine angemessene Entschädigung zahle, oder Sie treten vom Vertrage zurück. Wählen Sie ersteres, so können Sie die volle Miete zurückhalten. Lassen Sie sich den Zustand der Wohnung durch einen Arzt beschreiben oder wenden Sie sich behufs Untersuchung der Wohnung an das Polizeirevier. Welchen Weg von den beschriebenen Sie wählen wollen, haben Sie selbst zu entscheiden.

H. Halle. Daß der Innung nicht angehörige Meister Lehrlinge von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr halten dürfen, kann nach § 100b der Gewerbe-Ordnung durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Aufsichtsbehörde für den Bezirk einer Innung, deren Thätigkeit auf dem Gebiete des Lehrjahrswesens sich bewährt hat, angeordnet werden. Es ist das eine der reaktionärsten Bestimmungen.

Otto Gräß. Das Gesetz sieht keine Zeit fest, im allgemeinen bleibt der Gegenstand mehrere Wochen hindurch, manchmal Monate lang, auf dem Hundebureau.

W. Staar. Wenn das Kind rechtmäßig adoptirt war, so sind dessen Verwandte Erben geworden.

E. Sch. 10. Sobald sie invalide oder 70 Jahre alt geworden ist. Zur Erlangung eines Anspruchs auf Invalidenrente oder Altersrente ist außer dem Nachweise der Erwerbsunfähigkeit beziehungsweise bei der Altersrente das 70. Lebensalter erforderlich; die Zurücklegung der vorgeschriebenen Wartezeit (die bei der Invalidenrente 5, bei der Altersrente 30 Beitragsjahre beträgt) und die Leistung von Beiträgen. Zur Zeit (bis 1895) ist bei der Invalidenrente die Wartezeit verkürzt: es muß der Empfangsberechtigte während 47 Wochen Beiträge entrichtet haben; auf den Rest der Wartezeit (4 Beitragsjahre d. i. 47 Wochen) kann eine vor dem 1. Januar 1891 ausgeübte thätigkeits Lohnarbeit angerechnet werden, soweit sie nicht länger als 5 Jahre von dem Eintritt der Invalidität ab gerechnet, zurückliegt. Zur Begründung der Altersrente wird zur Zeit (bis 1. Januar 1911) bezüglich der Wartezeit nur beantragt, daß für die dem 1. Januar 1891 unmittelbar vorangehenden 3 Jahre mindestens für 141 Wochen eine derartige Thätigkeit nachgewiesen wird. Wünschen Sie noch ausführlicheren Bescheid, so besuchen Sie und wohl in der Sprechstunde zwischen 12 und 1 Uhr.

A. L. Wingen. Nehmen Sie einen tüchtigen Rechtsanwält, der das Grundbuch zu einsehen müßte. Von hier aus ist die Sachlage nicht zu übersehen. S. gehört zu der Sekte.

B. S. C. Eine Beleidigungssache kann Aussicht auf Erfolg haben, falls der Thatbestand die Absicht der Beleidigung klar erweisen sollte.

R. C. „Panama“ ist leider nicht verwendbar.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Uebersicht der bisher erschienenen Hefte der Berliner Arbeiter-Bibliothek

Herausgegeben von Max Schippel.

I. Serie:		MR.
1. Heft:	Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick 2000 bis 1887.) Nach dem Amerikanischen des Edward Bellamy. 32 Seiten.	0,15
2. "	Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Rede von Max Schippel. 32 Seiten.	0,15
3. "	Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin. 40 Seiten.	0,20
4. "	Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin (Paris) †. 48 Seiten.	0,20
5. "	Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin (Paris) †. 48 Seiten.	0,20
6. "	Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten.	0,15
7. "	Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse. Von Paul Kampffmeyer. 32 S.	0,15
8. "	Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. 32 Seiten.	0,15
9. "	Die Marx'sche Werththeorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer. 52 Seiten.	0,20
10. "	Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler. 36 Seiten.	0,15
11. "	Die soziale Frage auf dem Lande. (I. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. Von Paul Kampffmeyer. II. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirtschaftliche Großproduktion. Von *) 40 Seiten.	0,20
12. "	Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre Regelung. Von Paul Ernst. 36 Seiten	0,15

II. Serie:		MR.
1. "	Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. Eine historische Skizze. Von Hans Müller. 40 Seiten.	0,15
2. "	Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Von Gerhard Krause. 32 Seiten.	0,15
3. "	Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von Conrad Schmidt. 32 Seiten.	0,15
4. "	Die deutschen Arbeiter und das Gewerbevertrags-Gesetz. Von Max Schippel. 36 Seiten.	0,15
5/6. "	Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands. Von Paul Kampffmeyer. 84 Seiten.	0,25
7. "	Preussische Volksschul-Zustände. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller. 48 Seiten.	0,20
8. "	Fort mit dem Dreiklassen-Wahlsystem in Preußen. Von Max Schippel. Zweite Auflage. 35 Seiten.	0,20
9. "	Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes. Von Hans Müller. 32 S.	0,15
10. "	Das Ostende von London. Ein soziales Nachtbild. Von Paul Fischer. Erste Abtheilung. 30 Seiten.	0,15
11. "	—, Zweite Abtheilung. 27 Seiten.	0,15
12. "	Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx. Von Gerhard Krause. 46 S.	0,20
13. "	Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Gerhard Krause. 38 Seiten.	0,20
14. "	Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Von Walter May. 40 S.	0,20

III. Serie:		MR.
1. "	Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar? Von Paul Kampffmeyer. 28 Seiten.	0,10
2. "	Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Von Max Schippel. 31 Seiten.	0,15
3. "	Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionen. Ein Beitrag zur Landtagation. Von Max Schippel. 30 Seiten.	0,15
4. "	Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung. Von Dr. O. Luz-Magdeburg. 38 Seiten.	0,20
5. "	Die Kartelle. Von Adolf Braun. 48 Seiten.	0,25

Komplett:
I. Serie (12 Hefte) M. 1,—, gebunden M. 1,75.
II. Serie (14 Hefte) M. 1,65, gebunden M. 2,40.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen.
Bei Bestellungen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra). 400/6

Berliner Streik-Kontrollkommission.

Donnerstag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Delegirten

bei Kreyer, Muenstr. 16.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Genossen Millarg. 2. Die Genossenschaftsbäder. 3. Die Gewerbevertrags-Wahlen. 4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
J. R.: Hermann Faber, SO., Grünauerstr. 4, Hof I.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Versammlung
am Mittwoch, den 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause,
Friedrichstraße 5.

Tages-Ordnung: 870/5
1. Vortrag. Referent: Reichstags-Abgeordneter Hoffmann (Chemnitz).
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen-Gde.

Sonnabend, den 11. Februar 1893:

Großes Winterfest

des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert
unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins **Liedesfreiheit** (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung seines Dirigenten R. Tietz.
Austreten des **Volkshumoristen H. Osang** nebst Familie.
Zur Aufführung gelangen:

Bilder aus der großen Revolution.
Epiisch-dramatische Dichtung in 8 lebenden Bildern von A. Witz, dargestellt vom Verein für volkshümliche Kunst unter Leitung seines Dirigenten Fritz Hansen.

Die Musik wird ausgeführt von der freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker unter Leitung des Dirigenten Paul Brandt.
Eröffnung 7 1/2 Uhr. **Große Verloosung.** Anfang 8 1/2 Uhr.

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Billets à 20 Pf. sind in allen Zahlstellen sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. **Cartebücher** zu den lebenden Bildern sind gleichfalls an allen obigen Stellen à 10 Pf. zu haben.
Einen genussreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein
228/7 **Das Komitee.**

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr.
(I. Quartal 1893.)

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr früh.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Nagelsbergerstr. 43.
Montag	—	Physiologie.
do.	—	—
Dienstag	—	Deutsch (mittl.).
do.	—	—
Mittwoch	—	Geschichte (alte).
do.	—	—
Donnerstag	—	Deutsch (ob.).
Freitag	—	Buchführung (Doppelt) und oberes Rechnen.
do.	—	—
Sonnabend	—	—
	Ostschule. Markusstr. 31.	Südost-Schule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	—	Buchführung u. ob. Rechnen.
Dienstag	—	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	—	Deutsch (ob.) Logik.
do.	—	Rechnen (unt.).
Donnerstag	—	Geschichte (mittl.).
do.	—	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.
Freitag	—	—
do.	—	—
Sonnabend	—	—
	Ostschule. Markusstr. 31.	Nordschule. Müllerstr. 179a.
Dienstag	—	Buchführung u. Rechnen.
Donnerstag	—	—

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppelnäme erteilt.

Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vormittags 10—12 Uhr: **National-Ökonomie** in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.

Unterricht für Nachtarbeiter: Nachmittags von 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr

Ostschule. Nordschule.
Markusstr. 31. Müllerstr. 179a.

Für sämtliche Vorkursen werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Zahlkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Irania** à 25 Pf. (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
Südschule, Nagelsbergerstr. 43.
Börner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenerstr. 116.
Klein, Schönleinstr. 8.
Ehrenberg, Annenstr. 14.
- SO.**
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
Kehr, Köpckeinstr. 128.
Schulz, Admiralsstr. 40 a.
Ulrich, Brangelfstr. 84.
Zubel, Rauninstr. 86.
Schayer, Reichenbergerstr. 54.
Pallorke, Brangelfstr. 16.
- SW.**
Grube, Mariendorferstr. 10.
Kirchner, Junferstr. 1.
Goepel, Rahbachtstr. 1.
Antrick, Steinmetzstr. 60.
- O.**
Ostschule, Markusstr. 31.
A. Böhl, Hübersdorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
- Radke, Krautstr. 48.**
*Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
Ungoring, Breslanerstr. 27.
- C.**
*Bernat, Alte Schönhauserstr. 18.
Wernau, Rosenstr. 30.
- N.**
Nordschule, Müllerstr. 179a.
*Gleinert, Müllerstr. 174.
Gnadt, Söwinenänderstr. 120.
Kleinau, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Schmidt, Treckowstr. 24.
Thierbach, Schwedterstr. 44.
Raabe, Ruppinerstr. 42.
*Stritzkowsky, Kapaniem-Allee 35.
Krusa, Pappel-Allee 3/4.
- NO.**
*Gumpel, Barnimstr. 42.
Drescher, Siniensstr. 50.
- NW.**
*Vogtherr, Stephanstr. 27a.
Voss, Hübersdorferstr. 8.

402/3* **Der Vorstand.**

Jamaica-Rum, 96 M
echt Verschnitt u. Fac., Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. höher Ungarwein, Literfl. M. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Ingber-Likör, hochfein, magensüßend, Literfl. M. 1,10, 1,60, 2.
Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.
Cognac fine Champagne, 1/4 Literfl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Glühwein-Extract, Literfl. M. 1,60. **Punsch-Extract,** Literfl. M. 1,60.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.
Zahnarzt **Robert Wolf,** Brunnenstr. 4 (Rosenthaler Thor). Künstl.
Zähne v. 2 M. an. Plomb. v. 1,50 M. an. Schmerz. Zahnziehen 1 M. Sprecht. 8-7

Theater.

Dienstag, den 31. Januar.
Spernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Oper).
Schauspielhaus. Das Stiftungsfest.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Goldfische.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Probedeppel.
Kroll's Theater. Marie, die Tochter des Regiments.
Victoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Resdeny-Theater. Die Gläubiger.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Fürstin Ninetta.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der Diskantritt.
Neues Theater. Durch die Intendanz. Die Lore.
National-Theater. Pläne, die zweite Frau.
Alexanderplatz-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Bausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 38. Male:
Modernes Babylon.
Gesangsspieler in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstadt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm + Gde., Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Tai-za-Wunder.
Geheimnisvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Anderer Illusionen.
Sämtlich ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Das altbekannte vorzügliche Programm: **Braselli, Jessy, Maakwoods, Zierrath, Wellini, Barnum, Rappo, Peretti, Lees, Bellona** u.
Das Theater ist durch die neue Heizanlage sehr warm.
Mittwoch, den 1. Februar, vollständig neues Programm.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Banarienvoller 5 M., **Wibchen** 1,50 M., **Hedbauer** 2,50 M., **30089** **Schnelle,** Staligerstr. 152.

Alte und neue Arten und Abarten der direkten Gesetzgebung.

III.

Die alten Schweizer-Landsgemeinden.

Die Volksgesetzgebung steht am Anfange der schweizerischen Eidgenossenschaft. Wir finden sie nahezu vollständig ausgebildet in den acht alten Freistaaten Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden (beide Unterwalden), Zug, Glarus, Aargau, Appenzeln und Unterwalden (beide Appenzeln), einzig beschränkt durch die Oberherrlichkeit des deutschen Kaisers, welche Schranke ihr sehr geringen Eintrag that und bald zu einer Fiktion herabsank. Hier gab sich, urkundlich nachgewiesen, seit dem 13. und 14. Jahrhundert und wohl schon Jahrhunderte vorher die freie Volksgemeinschaft in der Landsgemeinde ihre Gesetze. „Alle wichtigeren Angelegenheiten behielt die Landsgemeinde sich selbst vor; die minder wichtigen überließ sie dem Rathe.“

Jeder Landmann, wie heute noch in Glarus, oder doch eine kleine Zahl von Landleuten oder Markgenossen, wie einst in Uri, sieben Männer, jederauf einem anderen Geschlechte (daher Sieben-, Geschlechts-Begehren genannt) konnte, wie der Landrath, auch einen Antrag stellen, der dann vom Landrathe vorderechnet und begutachtet, an die Landsgemeinde zur Berathung und, je nachdem, abgeändert oder unangenehm, zur Abstimmung kam. (Jetzt kann in Uri jeder stimmfähige Einwohner Anträge an die Landsgemeinde stellen; vorherige schriftliche, genau präzisirte und motivirte Eingabe an den Landrath; dieser begutachtet das Begehren.) Der Entscheid der Mehrheit der Landsgemeinde war für die Nichtigkeit verbindlich, das heißt war Gesetz. Auch außerordentliche Landsgemeinden mußten auf das Verlangen einer bestimmten Anzahl von Landleuten oder Markgenossen abgehalten werden. Die jährlichen ordentlichen Landsgemeinden fanden am ersten Mai oder Maissonntag statt (jetzt da und dort am letzten Sonntag im April), ehe das Vieh auf die Alpen getrieben wird, daher die Sennen sich noch unten im Thale befinden. Dieser Landsgemeinde-Maitag war an die Stelle des altgermanischen Pentages oder Märzfeldes campus Martius oder champ de Mars der alten Franken, wo man über die „in Sicht“ stehenden Kriegszüge Beschlüsse faßte“) getreten, wohl darum, weil die Märzzeit im Gebirge noch zu rauh, und die Witterung für die unter „Gottes freiem Himmel“ tagende Volksversammlung oft zu unbeständig war. Dieser Landsgemeinde-Maitag wurde zu einem Feiertag, und der erste Mai ist sogar vielerorts zu einem großen Markt- und Festtag geworden.

Es hat daher seinen guten Sinn, wenn die internationale Arbeiterschaft ihren Achtstunden-Arbeits-Feiertag auf den ersten Mai oder Maissonntag festsetzt, denn an diesem Tage kommen von Alters her und kommen jetzt noch die Männer der Arbeit vom Gebirge an der Landsgemeinde zusammen, um sich selbst, nach ihrem „höchsteigenen“ Willen das Gesetz zu geben und treu und wahr einander zu geloben, an ihren alten Freiheiten und Rechten unverbrüchlich festzuhalten.

Das Landsgemeinde-System blühte überdies in einer Reihe anderer Gegenden der Schweiz, so hatte z. B. die kleinste Republik Europa's, das „schirmverwandte“ Gersau am Vierwaldstättersee seine Landsgemeinde, sogar in denjenigen Landesheilen, die von einem, zweiten oder mehr Landsgemeinde-Kantonen abhängig waren, d. h. unter deren Oberherrlichkeit standen, fanden Landsgemeinden statt; ein Beweis, daß die Landsgemeinde-Kantone ihren „Unterthanen“ oder Schutzbefohlenen einen hohen Grad von Freiheit, besonders in inneren Angelegenheiten angedeihen ließen; so hatte die Landschaft Rühnach am Vierwaldstättersee, die Waldstatt Einsiedeln, die March am oberen Zürchersee, welche unter der Oberherrlichkeit der Republik Schwyz standen, jede ihre Landsgemeinde; so die Gebiete von Gaster und Uznach (zwischen Zürich und Wallensee), die unter Schwyz und Glarus standen; so Sargans, das unter mehreren Kantonen stand; ja sogar die Thalchaft Toggenburg, über welche der Fürst-Abt von St. Gallen eine Ehren- als eine wirkliche Souveränität ausübte, hatte ihre Landsgemeinde und zwar eine der größten im Schweizerlande, indem sie bei 10 000 Mann zählte. Also nicht in der Form, wohl aber im Maß der gesetzgeberischen Befugnisse unterschieden sich die beiden Arten von Landsgemeinden. Freilich war es mit der Freiheit nicht weit her in denjenigen Landschaften, die von allen Kantonen gemeinsam erobert und verwaltet wurden, den sog. „gemeinen Herrschaften“; da mußten die Landsgemeinde-Kantone, verführt durch die Städte-Kantone (vier Patrizier-Städte, Bern, Luzern, Solothurn, Freiburg und drei Junkt-Städte, Zürich, Basel, Schaffhausen) auch thun wie diese, d. h. alle zwei Jahre nach der Reihenfolge der betreffenden Kanton einen Landvogt schicken, und, es ist wahr, die hungrigen Landvögte der Landsgemeinden fraßen besser, als die rothnasigen Maßbürger der Junkt- und Patrizier-Städte. Dieser, der „freien“ Schweiz so viel Schande bringenden Landvogtwirtschaft machte erst Ende des vorigen Jahrhunderts die französische Revolution den Garaus. Als die Franzosen in's Land kamen und „französische Freiheit“ brachten, errichtete das jubelnde Landvolk „Freiheitsbäume“; kamen die Deutschen und Russen (les Russes, les Prussiens et les Autrichiens“) und die Oesterreicher ins Land, so hieben die Reactionäre die Freiheitsbäume um; ist es da ein Wunder, wenn der gemeine Mann in der deutschen Schweiz in Frankreich den Bringer der Freiheit sieht, in Deutschland den der Knechtschaft, der Krante, der preussischen Fuchtel, die Plinte, die da schießt, der Säbel, der

da haut“. Und so, denke ich, wird es auch bei den Elässern und Vothringern, den belgischen Flamen und Holländern sein, alle fürchten und hassen das völkerrückende Vorkommen; ein freies Deutschland, besonders ein sozial-freies — und, siehe da! Handkehrum würden die abgetrennten Brudervölker der Germania von selbst in die zum Empfang ausgestreckten Mutterarme laufen.

Um die Selbstherrlichkeit der Landsgemeinden zur Zeit der Gründung der Eidgenossenschaft (1291) zu würdigen, genügt es, das Beispiel von Schwyz, der ja das Schweiz Namen, Wappen, Fahne und Feldzeichen gegeben, anzuführen. Die Schwyz-Landsgemeinde (gleichzeitig auch Land- oder Volksgericht) vom Jahre 1294, im Besitze der Reichsunmittelbarkeit, wie so viele andere deutsche Reichsstädte, faßte Entschlüsse von größter Tragweite gegen das Ueberwuchern des geistlichen Besitzes und des Verlaufs an Fremde, an auswärtige Adelige. Diese Landsgemeinde setzte bei harter Strafe fest, daß Niemand einem Kloster oder Auswärtigen (Abeligen) liegende Güter verkaufen dürfe. „Wollten die Klöster im Lande, lautet der Landsgemeindebeschluss, nicht nach ihrem Gute, Steuern und Lasten den Landleuten tragen helfen, so sollen sie meiben Feld, Wasser, Holz, Wunn' und Weide des Landes,“ d. h. vom Genuß der Gemeinmark (Markgenossenschaft, Staats-Allmende) ausgeschlossen sein. Im ganzen Beschlusse ist von der Herrschaft Oesterreich nirgends die Rede; es heißt nur ganz im Allgemeinen „wer von Auswärtigen mit liegendem Gute im Lande befehlt ist, soll dasselbe versteuern, doch ohne seinen (des Lehenmannes) Schaden. Wollte dann sein (Lehens-) Herr (Abeliger) ihn (den belehnten Bauer) deshalb beschweren oder das Gut einem Andern leihen, so soll Niemand dasselbe empfangen, bei Buße von 5 Pfund... Wer diese Strafe nicht bezahlet, den soll Niemand hausen oder hofen, noch ihm zu essen oder zu trinken geben; denn wer dies thäte, hätte für ihn zu bezahlen.“

Dieses Beispiel gestattet einen Einblick in das Thun und Lassen der direkten Gesetzgebung gegenüber Adel und Geistlichkeit, gegenüber dem allmächtigen Oesterreich und den reichen Klöstern, die selbstverständlich Steuerfreiheit als ein ihnen von Gott verliehenes Ständevorrecht beanspruchten. Die Schwyz wurden daher, wie die heutigen Sozialdemokraten, als Räuber, Kloster- und Kirchenschänder, als Aufrührer und Ungläubige bei Kaiser und Papst verschrien. „Der Satan befehlt dieses Schwyzervolk,“ hieß es bei Adel und Geistlichkeit, und der Krieg gegen die Eidgenossen galt damals, die Pfaffen sorgten schon dafür, als ein „heiliger Krieg“, ähnlich wie einst der Krieg gegen die „heidnischen Heusen“ als ein „heiliger“ galt, gegen die sogar noch Herzog Leopold von Oesterreich (1370) einen Ritterszug nach Ostpreußen that. Er that auch einen solchen 16 Jahre später gegen die Schweizer, mußte aber in höchstehiger Person mitsamt seinem Rittersheer bei Sempach (1386) ins Gras beißen.

Jene „Preußen“ sind längst abgetrieben und sammt ihrer Sprache ausgestorben; die Schweizer aber haben sich als „unabtriebar“ erwiesen; sie reden immer noch ihr zwar korrektes, aber „wästel“ Schweizerdeutsch, das einst die Alamannen vor 1800 Jahren vielleicht noch rauer an der Spree gesprochen, wo man jetzt das „schöne“ Berlinerdeutsch spricht, das aber mit unserer Grammatik und zwar nicht nur im dritten und vierten Fall, sondern „auf alle Fälle“ auf dem gespanntesten Fuße steht.

Wir haben es bei Entstehung der Landsgemeinden mit dem großartigen Prozeß zu thun, in welchem die germanische Volksherrschaft zur schweizerischen um- und fortgebildet ward. Die Landsgemeinde, die stets im Freien stattfand, wies schon herab, wie durch ihr Ceremoniell, am meisten aber durch ihr inneres Wesen, zumal auch durch die lange Bewahrung richterlicher Funktionen, auf die germanischen Gerichte zurück, welche das Recht „zu finden, zu schöpfen und zu weisen“ hatten. Die Spuren der direkten Gesetzgebung der Germanen zeigen sich ja auch am längsten in der deutschen Gerichtsverfassung. Sie hieß auch ursprünglich, wie die Gau- und landgräflichen Gerichte „Landtag“, da der Name Landsgemeinde erst um 1450 vorkommt. Wie dort die Rechtsprechung, so bildete sich in den Landsgemeinden die Gesetzgebung aus, geübt von allen freien Markgenossen, welche keinen Grundherren unterworfen waren und ihre Güter nicht nach Hofrecht inne hatten, sondern welche auf eigenem Grund und Boden lebten.

Lange mit der Waffe des juristischen Beweises, dann, als das nicht half, mit wuchtigen Fallbeispielen und langen Stangspießen haben die Eidgenossen die germanische Volksherrschaft verteidigt, gerettet und in frischem Wurde noch erhöht. Sie erschlossen den Kreis ihrer Landsgemeinden, dieser selbstherrlichen Volksversammlungen und Rechtstage, auf welchen die Gesetze geschaffen und alle wichtigen Geschäfte des Staatswesens sowie auch Strafgerichtsfälle behandelt wurden, auch den bisher weniger Berechtigten (Hörigen und Leibeigenen), während sie andererseits den Adel und die Geistlichkeit unter die Hoheit der Volksgemeinschaft beugten. Es ist bedeutsam, daß diese Bewegung unter dem alamannischen Stamm, dessen Energie wir die Erhaltung der germanischen Volkrechte verdanken, zugleich eine ghibelinische (antipäpstliche) und agrarische (Erhaltung der Allmenden), eine liberale und soziale war. Mit der Sicherstellung und Wehrung der politischen Rechte ging die Schwächung der Hierarchie (Geistlichkeit) und die Befreiung von der Grundherrschaft der bevorrechteten Stände, welche den Besitz der Bauern gefährdeten, Hand in Hand.

Es ist aber ein Vorurtheil zu glauben, die Urschweizer seien vor sechs bis siebenhundert Jahren gegen Kaiser und Reich gewesen; sie waren im Gegentheil die treuesten Anhänger der Hohenstaufen und späteren Kaiser und hielten stamm zum Reich, folglich waren sie auch Feinde der Päpste und wurden in guter Gesellschaft mit Kaiser Friedrich II., dem letzten großen Hohenstaufen, mit Bannflüchen gesegnet, woraus sie sich aber nicht viel machten, „nicht in dem Ding sein wollten“ und ihren Pfaffen einschärften, entweder hübsch nicht zu thun, wie Papst und Bischof bestohlen, oder dann den Fleck zu räumen und ein anderes Kostort zu suchen. — Daß die Eidgenossen es nicht gerne sahen, wenn Herzöge von Oesterreich zu Kaisern erwählt wurden, war ja ganz natürlich, da diese Herzöge fast alles Land rings um die entscheidende kleine und schwache Eidgenossenschaft, dazu noch das Landgrafenamt und auch massenhaft Grundbesitzerungen besaßen; erblicher, sozialer Grundherr und erblicher politischer Landgraf und dann noch Wahl-Kaiser dazu, das waren aller schlechten Dinge drei und viel zu viel, und doch haben sich die Eidgenossen im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert nie — wie gefälschte Geschichtsbücher der Nachwelt vorlegen — gegen einen deutschen Kaiser oder König aus österrömischem Hause empört, sondern ruhig und geduldig sich verhalten, bis wieder ein deutscher Kaiser aus anderem Hause gewählt wurde. (Kuriöserweise waren nämlich damals die unteren Staatsämter erblich, die es heute nicht mehr sind, das Kaiser-Amt aber war nicht erblich, sondern einer Wahl unterworfen, ähnlich wie heute der Papst, der von den Kardinälen gewählt wird; so wurde weiland der deutsche König, wenn vom Papst in Rom gekrönt, Kaiser genannt, von den deutschen Wahl- oder Kurfürsten gewählt.) Oft und viel haben diese Könige und Kaiser die Eidgenossen heimlich ausgehört, gegen Oesterreich loszusprechen, sich aber wohl gehütet, den Schweizern mehr als papierne Hilfe von Seiten des Deutschen Reiches werden zu lassen. Nicht die

Schweizer haben das Deutsche Reich links liegen lassen oder gar verlassen, wohl aber das Deutsche Reich um.

Nun noch eine Schlußbetrachtung zu Händen der internationalen Arbeiterassoziation: Wie die internationale Maitage des achtstündigen Arbeitstages vom alten Landsgemeinde-Maitag herkommt, so kommt auch die rothe internationale Fahne vom alten Schwyzern her, welches ursprünglich ganz roth war, ohne Beigabe des kleinen weißen Kreuzchens in der oberen Ecke, das dann in der eidgenössischen Fahne zum großen weissen Kreuz wurde, aber freistehend inmitten des rothen Feldes, das eben nichts anderes ist, als das alte ganz rothe Schwyzernpanner. Wie das Weisse — Frieden und Einigkeit, Einigkeit bedeutet, denn im Weissen sind ja alle Farben vereint, so bedeutet das Rothe — Freiheit und Unabhängigkeit, die erlämpft werden muß durch Blut. Roth war die Lieblingsfarbe der alten Germanen und bedeutet Autonomie oder Selbstherrlichkeit, self-government. Roth ist unter den Farben, was unter den Thieren der Löwe im Süden ist, der Bär im Norden, der Steinbock einst im Hochgebirge, der Adler in den Läden — er will Herr sein in seinem Revier“, wie der Arbeiter Herr sein will seiner Arbeit. (Die österrömisches und russischen doppeltköpfigen Adler sind, wie die Reiche, deren Symbol diese Adler sind, Mißgeburten, unnatürliche, leibköpfige Adler.)

Freilich wird das Roth auch oft als das reinigende Feuer geschildert, von den Ultramontanen sogar als das Fegfeuer, darum seien die Kirchenfahnen oft roth, die Kardinäle als Fegfeuermeister und Wahlmänner des Papstes, von Kopf zu Fuß ganz roth gekleidet, während der Papst in Weiß, der Farbe der Unschuld und Reinheit, prange. Die internationalen Arbeiter könnten sich vielleicht auch das Feuerroth gefallen lassen, insofern es das heilige Freiheitsfeuer bedeuten soll, welches die ständige Kapitalherrschaft ausbrennen oder wie die alten Eidgenossen zu sagen pflegten, „die Raubritterschlösser an den Himmel hängen“ soll!

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Graf zu Eulenburg und Rommelfors.

Das Haus seht die zweite Berathung des Staatshaus-halts Etats für 1893/94 fort und erledigt zunächst den Rest des Etats des Bureaus des Staatsministeriums ohne weitere Debatte und geht über zur Berathung des Etats des Ministeriums des Innern.

Unter den Einnahmen ist ein neuer Titel eingeführt von 6400 000 M. an Beiträgen der Gemeinden zu den Kosten königlicher Polizeiverwaltungen, über welchen der Geheimen Regierungsrath Bindig Auskunft giebt dahin, daß diesen Einnahmen Ausgaben gegenüberstehen für die sachlichen Kosten, für die Vernehmung der Schutzmannschaften in ländlichen Gemeinden mit städtischem Charakter und in den Vororten von Städten ein Betrag von 800 000 M. verwendet worden, so daß ein Ueberschuß von 500 000 M. verbleibe.

Die Einnahmen werden bemittelt.

Bei dem Gehalt des Ministers fragt

Abg. Lotichius, ob der Minister dem Hause eine Landsgemeinde-Ordnung für Hessen-Nassau vorlegen werde; der frühere Minister Herrfurth habe diese zunächst in Aussicht gestellt.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Vorarbeiten für die Landsgemeinde-Ordnung für Hessen-Nassau dauern fort; das Ergebnis derselben wird dem Provinzial-Landtage vorgelegt werden und dann dem Hause gegeben.

Abg. Kuebel (natl.) weist darauf hin, daß eine staatsrechtliche Eigentümlichkeit bestehe, daß eine ganze Reihe von Beamtenklassen, die in den alten Provinzen nicht zur Disposition gestellt werden können, auf Grund einer besonderen Verfügung, die zur Zeit der Annexion erlassen ist, jeden Augenblick zur Disposition gestellt werden können. Dieser Uebelstand ist vom früheren Minister des Innern anerkannt worden; derselbe erklärte aber, daß von dieser Verfügung seit 20 Jahren kein Gebrauch gemacht worden sei, daß also die Nothwendigkeit einer Aenderung nicht vorliege. Dieser Zustand entspricht nicht der Verfassung.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich gebe zu, daß die Verschiedenheit nicht wünschenswerth ist, aber der Verfassung widerspricht es nicht. Ich lehne es nicht ab, auf die Prüfung der Frage einzugehen, aber für so dringlich halte ich deren Erledigung nicht.

Abg. Koffsch (br.) weist darauf hin, daß in der Provinz Posen ein Mißverhältnis besteht bezüglich der Vertretung der Städte im Reichstage.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Vertretung der Städte und Landgemeinden in der Kreisvertretung beruht auf dem Gesetz von 1828. Eine einseitige Durchbrechung dieses Gesetzes im Interesse der Städte würde eine Verschiebung der Verteilung der Vertretung zur Folge haben.

Abg. Kuebel führt aus, daß die Verfassung alle Kemter allen Provinzen zugänglich mache, daraus folge auch mit Nothwendigkeit, daß die Entsendung von diesen Kemtern für den ganzen Staat gleichmäßig geordnet sein müsse.

Abg. Franke-Londern (natl.) weist auf verschiedene Mißstände auf dem Gebiete des Versicherungswesens hin. Es handelt sich zunächst um das Agentenwesen; die Agenten theilen nicht überall mit, ob es sich um eine gegenseitige Versicherung, d. h. um eine solche mit wechselnden Prämien, oder um eine solche mit wechselnden Prämien handelt. Ferner ist es zu tabeln, daß die Versicherungsgesellschaften ihre Prozesse an ihrem Sitze führen lassen, was viele Leute abhält, überhaupt Prozesse anzustrengen, weil die Kosten zu groß werden. Ferner tabelt er, daß einige Versicherungsgesellschaften, die kleine Leute versichern, die Konventionalstrafen mit großer Härte betreiben.

Minister Graf zu Eulenburg: Es bestehen sehr viele Mißstände auf dem Gebiete des Versicherungswesens und ich kann nur bitten, alle Klagen zur Kenntniß der Regierung zu bringen, damit sie Veranlassung nimmt, bei der Revision der Versicherungs-Gesetzgebung ihr Augenmerk darauf zu richten. Aus dem Vorgelegenen will der Minister Veranlassung nehmen, die Aufsichtsbehörde auf diese Mißstände aufmerksam zu machen.

Abg. Graf Limburg bemerkt gegenüber dem Abg. Kuebel, daß die Verfassung nur von der Zulassung zu den Kemtern spreche; diese Vorschrift kann man aber nicht ohne weiteres auf die Entlassung aus den Kemtern anwenden. Die Einführung der Selbstverwaltung in die Provinz Posen ist doch nur möglich, wenn die Sicherheit besteht, daß die politischen Gegenstände von der Selbstverwaltung fern gehalten werden, wie dies in den anderen Provinzen sich herausgestellt hat. Diese Sicherheit besteht für Posen nicht.

Abg. v. Tiedemann-Bornst. (fl.) bestreitet, daß sich irgend welche Mißstände herausgestellt hätten.

*) Siehe: „Geschichte der schweizerischen Volksgesetzgebung, zugleich eine Geschichte der schweizerischen Demokratie von Theodor Curti, Mitglied des Nationalrathes. Zweite Auflage. Leipzig und Zürich. Verlag von Th. Schröder, 1885. Preis gebunden 4 M. Dieses 300 Seiten und Tabelle enthaltende Werk, dem ich obige Stelle und hier und da noch vorandene, wenn auch nicht wörtlich, entnehme, enthält eine Fülle von bisher unbekanntem Quellen und Thatfachen. Wer sich genauer über die direkte Gesetzgebung unterrichten will, findet da befriedigenden Aufschluß, denn es gilt anerkannt als das beste Werk.

**) Das Märzfeld wurde abgeschafft, resp. auf den Mai verlegt. Märzfeld, campus Majus oder Magiacampus von dem „großen“ Majordomus oder Hausmeier Pipin dem Kleinen, der den letzten Merowinger Königs-Sinipel sammt Sohn in ein Kloster setzte und sich selbst auf den Königsthron setzte und so erster König der karolingischen Dynastie wurde. Begreiflicher Weise erlitt auch das Märzfeld eine Transsubstantiation (Verwandlung des Brotes und Weines in den Leib und das Blut Christi), denn es sank nicht bloß immer mehr und mehr zu einer Parade, zur Abhaltung der Heerschau herunter, sondern statt des gesammten Volkes freier Germanen wurden nun Grafen, Bischöfe und Aebte zur Berathung der Staatsangelegenheiten zugezogen und so entstand in That und Wahrheit der „christlich-germanische Staat.“

***) So nannten die lustigen, damals nicht sehr höflichen Franzosen den Anti-Freiheits-Dreiwind, der jetzt los Prussiens, los Italiens, et les Autrichiens (Preußen, Deutschland, Italien und Oesterreich) in seinen Armen umfangen hält.

Abg. Papendiek (Dfr.) bringt die Nichtbestätigung des Landraths Maul und des Kreisbauers Bückler als Kreisdeputierte zur Sprache. Die Kreisräthe haben die betreffenden Herren, die sich in geachteten Stellungen befinden, mit großer Mehrheit gewählt. Der frühere Minister und der jetzige haben erklärt, daß es sich um politische Gründe bei der Nichtbestätigung nicht handelte. Was soll denn aber sonst vorliegen?

Minister Graf zu Eulenburg: Die Regierung muß das Verlangen haben, daß der betreffende Mann sich zur Wahrnehmung des Amtes vollständig eignet. Etwas Ehrenrühriges ist in den betreffenden Fällen nicht vorgekommen. Es kommt im Parteikampfe vor, daß jemand sich in seine Partei-Ausstattung so leidenschaftlich veranlagt hat, daß man nicht annehmen kann, er würde ein Staatsamt unparteiisch und wie es gefordert werden kann, verwalten. Diese Erwägungen haben die Regierungen geleitet und werden sie auch in Zukunft leiten. (Beifall rechts.)

Abg. Knebel: Ich halte daran fest, daß das Disziplinargesetz ein integrierender Theil des preussischen Staatsrechts ist; und daß keine Ausnahme bestehen darf für eine einzelne Provinz.

Abg. Richter (Dfr.): Ich danke dem Minister für seine Offenherzigkeit, muß aber feststellen, daß der Graf Eulenburg von den Erfahrungen des früheren Grafen Eulenburg, der schließlich in der Bestätigungsfrage ein privilegium odiosum erkannt hat, nichts gelernt hat. Werden denn konservative Männer als Deputierte nicht bestätigt, trotzdem sie sich der Parteipolitik mit dem größten Eifer hingeben? Diese werden jählich behandelt und nur gegen die Freisinnigen richtet sich die Maßregelung. Der Minister hat keinen Beweis dafür erbracht, daß die betroffenen Männer sich leidenschaftlicher Parteipolitik hingeben haben. So lange das nicht geschehen ist, bleiben wir bei der Behauptung, daß die Regierung eine Parteiregierung ist. (Widerspruch rechts.)

Minister Graf zu Eulenburg: Ich bin erstaunt über diese Philippika des Herrn Richter. Ich muß wiederholen, nach den Grundsätzen des Herrn Richter wäre das Bestätigungsrecht der Regierung überhaupt beseitigt. Sehen Sie, wie an den hervorragendsten Stellen freisinnige Männer bestätigt sind und dann wagen Sie mir zu sagen, daß ich parteiisch gehandelt habe! (Zustimmung rechts.) Das wird kein Mensch Ihnen glauben. Das kann man nur aus persönlicher, genauer Kenntniß der Verhältnisse beurtheilen und dazu gehört eine große Verantwortlichkeit. Ich kann nur sagen, daß nur Dinge angeführt worden sind, welche ergeben, daß die beiden Männer ihr Amt nicht objektiv, sondern vom Standpunkte der Partei aus wahrnehmen würden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Schmitz (Z): weist darauf hin, daß die Kleinbäuerlichen Besitzer bei den Versicherungsgesellschaften oft Dinge unterschreiben, ohne sie gelesen zu haben oder daß sie sogar mündliche Vereinbarungen treffen, die den schriftlichen widersprechen. Der Minister sollte dem Agentenwesen eine größere Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Motz (Pol): Die Abgeordneten Graf Limburg und von Niedemann-Wostk haben gemeint, die politischen Gegensätze würden in Posen in die Selbstverwaltung eindringen. Dagegen ist ein Beweis nicht beigebracht worden; wir müssen diese Behauptung zurückweisen. Die politischen oder vielmehr die nationalen Gegensätze werden wir in die Verwaltung niemals einmischen.

Abg. Graf Limburg: Wenn alle Landräthe des Vorredners von seiner gemäßigten Gesinnung wären, könnte die Einführung der Selbstverwaltung kein Bedenken haben. Das ist aber durchaus nicht der Fall und es wird sehr viel Zeit nöthig sein, um dahin zu kommen. Das Recht der Bestätigung ist ein verantwortungsvolles, aber, wenn es gut geübt wird, dient es dem Wohle des Landes. Es ist im letzten Jahre mit einer Unparteilichkeit geübt worden, daß niemand berechtigter Beschwerden erheben kann. (Beifall rechts.)

Abg. Langerhand (Dfr.): Gerade nach der Handhabung des Bestätigungsrechts in dem letzten Jahre müßte eine Nichtbestätigung dieser beiden Männer Verwunderung erregen. Wenn wir Gründe für die Nichtbestätigung fordern, so heißt das durchaus noch nicht, das Recht der Krone aufzuheben. Ich wollte aber eigentlich über die Leichenverbrennung sprechen. (Weiterkeit.) Es wird jedem Einzelnen gestattet, sich außerhalb Preussens verbrennen zu lassen, warum will man es hier in Preussen verhindern und warum will man hier keine Krematorien errichten lassen, zumal aus Anlaß der Cholera die Leichenverbrennung dringend gefordert wird.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Sache ist im Wege einer Petition an den Landtag gekommen und von der Kommission ist eingehender Bericht erhalten worden, der auf Antrag auf Tagesordnung hinaufging. Inzwischen ist von verschiedenen Seiten aus Anlaß der Cholera die Sache von neuem bei der Verwaltungsbehörde angeregt. Das hat Anlaß gegeben zu einer neuen Erwägung, die unter Zuziehung von Sachverständigen stattgefunden hat. Das Ergebnis ist aber dasselbe geblieben, wie das der Petitionskommission: nämlich die Leichenverbrennung nicht zu gestatten.

Abg. Porzsch (Z): Wir können eine Reihe von Fällen anführen, wo die Bestätigung versagt wurde, ohne daß ein solches Maß von Leidenhaftigkeit vorhanden war. (Sehr richtig! im Centrum.) Die bloße Zugehörigkeit zur Zentrumspartei hat genügt, um die Bestätigung zu versagen. Die Ministerialinstanz ist daran nicht schuldig, denn sie ist angewiesen auf Berichte und da glaube ich behaupten zu können, daß Berichte von mittleren und unteren Instanzen vorliegen, die geradezu unglücklich sind. (Sehr richtig!) Man kann nur glauben, daß der Berichterstatter keine Ahnung von der betreffenden Persönlichkeit hatte oder die Unwahrheit berichtete. Die mittleren und unteren Instanzen bewegen sich immer noch in der alten Kulturkampf-Strömung.

Minister Graf zu Eulenburg: Wenn der Vorredner davon gesprochen hat, daß bewußt unwahre Berichte erstattet werden, so muß ich ihm entschieden widersprechen. Irthümer können unterlaufen, aber bewußt unwahre Berichte sind mir in meiner Praxis noch nicht vorgekommen. Jedenfalls kann ich nicht glauben, daß jemand deshalb nicht bestätigt wird, weil er ein gläubiger Katholik ist.

Abg. Richter: Ich wundere mich, daß der Graf Limburg mir entgegengetreten ist, der sich am Sonnabend so empfindlich zeigte über die Maßregelung eines Landraths. (Zuruf rechts: Ganz was anderes!) Wenn Sie keine Gründe haben, dann sprechen Sie von den Kronrechnen, mit denen aber die Bestätigung eines Kreisdeputierten gar nicht zu thun hat. Der Minister hat doch gar keine Kenntniß der Person, sondern ist auf die Berichte der unteren Behörden angewiesen. Sind denn diese Berichte von Temperament und Leidenschaft frei? Betrachtet man sie nicht auch manches durch die Parteilichkeit? Der Schade, den ein Mißgriff bei der Wahl hervorruft, kann nicht so erheblich sein, als der Schade, den eine Nichtbestätigung mit sich bringt, deren Gründe man nicht versteht. Wir nehmen die volle Gleichberechtigung mit allen Parteien in Anspruch. Wenn die Temperamentlehre bei den Konservativen nicht angewendet wird, dann soll sie auch uns gegenüber nicht angewendet werden. Welchem konservativen Heißsporn hat denn der Minister die Bestätigung versagt?

Minister Graf zu Eulenburg: Ich muß es noch einmal zurückweisen, daß die Nichtbestätigung erfolgt wäre im parteipolitischen Interesse; ich habe das Gegenheil gesagt: Es handelt sich um ein politisches Motiv, das jeder Partei gegenüber in Anwendung kommt.

Abg. von Jedlich (fr.): Die Verantwortung der Regierung für das Bestätigungsrecht ist eine sehr schwierige und wir werden uns der Erörterung dieser Dinge nicht entziehen können, aber die Angriffe, die heute erhoben sind, treffen nicht zu. Der Vorwurf der Unwahrheit, partiellen Berichterstatter seitens der unteren Behörden sollte nicht erhoben werden, wenn

nicht sofort der Beweis auf der Tisch des Hauses niedergelegt werden kann.

Abg. Danzenberg (Z): Ich kann Beweise über meine Behauptung vorbringen, halte es aber nicht für zweckmäßig, dies öffentlich zu thun. Ich kann das privatim thun und würde den Herren dann überlassen, die Sache öffentlich vorzubringen.

Abg. v. Schalscha (Z): Wenn die Berichterstatter über die Persönlichkeiten nicht informiert sind, dann überlegen sie sich, was wohl bei der vorgesehnen Behörde angenehm sein wird. Als es sich darum handelte, möglichst viel deutsche Beamte anzustellen, da hieß es im Berichte, die Sprachgrenze fällt fast mit der deutschen Grenze zusammen, Posen ist eine fast ganz deutsche Provinz. Als es sich um die Verteidigung der Polengefessung des Fürsten Bismarck handelte, da sollte die polnische Sprachgrenze der märkischen Grenze ganz nahe gerückt sein. So verschiedenartig sind die Berichte aus denselben Bezirken. Als in Oberschlesien ein katholischer Herr mit 12 von 18 Stimmen zum Bürgermeister eines Städtchens gewählt war, war die Bestätigung schon beinahe fertig, als der Regierungspräsident erfuhr, daß der Betreffende in meinem Hause verkehrt hatte, und sofort war es um ihn geschehen. (Große Heiterkeit.)

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Ebenso die übrigen Ausgaben des Ministeriums. Ohne Debatte bewilligt das Haus die Ausgaben des Statistischen Bureau, Ober-Verwaltungsgericht, Ständesämter, Amtsblattverwaltung, Landräthliche Behörden und Ämter, Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen, Polizeidistrikte-Kommissarien in der Provinz Posen, Landgendarmarie, allgemeine Ausgaben, Straßenhalten, Wohlthätigkeit, allgemeine Ausgaben zu verschiedenen Bedürfnissen.

Auch die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt, darunter auch eine zweite Rate von 150 000 M. zur Erbauung eines Gefängnisses in Woblan.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Stat des Kriegsministeriums, der landwirthschaftlichen Verwaltung und der indirekten Steuern.)

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind abgehalten worden in Pölan (Ref. Reichstagsabgeordneter Geyer-Beipzig), Stöpsdorf bei Forst (Ref. Beyer-Kottbus).

Bei der Gewerbegerichtswahl in Küstrin wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerbetreuer unterlagen. Im Ganzen wurden bei der Gewerbegerichtswahl 1718 Stimmen abgegeben, davon bekamen wir 1088, die Gewerbetreuer 630, die Unternehmer 243.

Verhaftet. Einer uns zugehenden Privatdepesche aus Dortmund zufolge ist dort gestern unser Genosse Dr. Diederich, Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“, in Haft genommen worden. Der Grund, warum dies geschah, ist uns unbekannt. Bei der Praxis aber, welche jetzt gegen alles was mit der Bergarbeiter-Bewegung irgend welche Beziehungen hat, im Kohlenrevier herrscht, hat uns auch diese Nachricht nicht überrascht.

Von der Agitation. Am 22. Januar vertheilten die Mühlburger Genossen in den Orten Welsch- und Teutscheneuth (Woden) neben einer großen Zahl anderer Schriften 500 Stück Berichte über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Der Mannheimer sozialdemokratische Verein brachte am 29. Januar den Parlamentsbericht über die Nothstandsrede Dresbachs im ganzen 11. badischen Reichstags-Wahlkreis zur Vertheilung. — Auf's äußerste erschwert wird die Agitation in Sonderburg und den benachbarten Orten Nordschleswig. Die Wirthe werden von den Gegnern der Sozialdemokratie öffentlich und heimlich in die Wege geleitet, um die Arbeiter zu unterlassen; die Arbeiter suchen man durch die Entlassung aller von uns abzusprechen, die für die Sozialdemokratie öffentlich wirken. Trotz alledem können die Gegner es nicht hindern, daß der Sozialismus weiter Wurzel faßt. Nur ist besserer Zusammenhalt der Genossen, bessere Pflege der Verbindung mit Hensburg nöthig. Das soll kein Tadel, sondern nur eine Anregung zum Besseren sein.

Partei-Organisation. Der Allgemeine Arbeiterverein in Magdeburg hat gegenwärtig 1892 Mitglieder, 101 mehr als vordem. In letzter Zeit beschäftigte er sich besonders mit der Landagitation. Es wurden insgesamt 27 Ortschaften zweimal bereist und das eine Mal Flugblätter, das andere Mal Zeitungen vertheilt. Die Agitation ist nach den Berichten überall von Erfolg gewesen.

Partei-Konferenzen. Die Parteigenossen Elbing's haben im Einverständnis mit den Königsberger und Danziger Genossen den Beschluß gefaßt, einen Parteitag für Ost- und Westpreußen einzuberufen. Er findet am 26. Februar, nachdem am 25. Februar, Abends 7 Uhr, die Delegirten zu einer Vorbesprechung zusammengetreten sind, in Elbing im Gasthof zum „Vater Jahr“ statt. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Situationsbericht. 2. Die Presse und Landagitation. 3. Parteiorganisation in Ost- und Westpreußen. 4. Regelung der Kandidatenfrage.

Alle Anträge und Anfragen, die den Parteitag betreffen, sind an P. Herrmann, Schuhmacher in Elbing, Fischerstr. 26, zu richten.

Jeder Genosse, dem Adressen zuverlässiger Personen, namentlich aus solchen west- und ostpreussischen Orten bekannt sind, wo noch keine Bewegung vorhanden ist, wird um Mittheilung solcher Adressen gebeten. Ferner werden sämtliche Arbeiterblätter um Abdruck des Vorstehenden ersucht.

Partei-Finanzen. Luedlinburg: Jahres-Einnahme 555,61 M., Ausgabe 549,58 M.

Sozialdemokratische Presse. Für die Gründung eines täglichen Blattes in Kiel wurden in einer Versammlung der vereinigten drei sozialdemokratischen Vereine Hamburg's am Freitag 10 000 M. bewilligt. 455 Mitglieder waren für, 424 gegen die Bewilligung, drei hatten weiße Zettel abgegeben. Nach der Ansicht des „Hamburger Echo's“ müssen, da die Versammlung stark besucht war, viele Mitglieder sich der Stimmabgabe enthalten haben. — Die Kieler Genossen haben, wie in der Hamburger Versammlung mitgetheilt wurde, 6000 M. und die Altonaer 1000 M. für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt.

In Nordböhmen sind die Parteigenossen lebhaft mit der Agitation für die Wahl Dr. Adlers beschäftigt, der im Reichensbacher Landbezirk als Kandidat zum österreichischen Reichsrathe aufgestellt ist. Soweit öffentliche Versammlungen stattfinden, sind sie von sozialdemokratischer Seite einberufen; die Liberalen haben nicht mehr den Muth, solche abzuhalten oder unfernen Rednern entgegenzutreten, und betreiben deshalb ihre Wahlagitation hinter verschlossenen Thüren wie alle Parteien, die Allogen geworden sind. An der Wahl darf übrigens nur theilnehmen, wer mindestens 5 fl. direkte Steuern zahlt, wozu nach 70 pCt. Landeszuschlag kommen, der auf die Erwerbs-, Gebäude- und Grundsteuer gelegt ist. Die Wahl ist am 24. Februar.

Bei der Landtagswahl in Egger erhielt der Sozialdemokrat Kiefewetter 28 Stimmen. Der Liberale Schücker siegte mit 301 Stimmen.

Auch ein Sozialfreier. Der Redaktion eines bürgerlichen Augsburger Blattes schrieb ein Anhänger der alleinseligmachenden Kirche folgenden originellen Brief: „Sehr geehrter Redaktor!“

Daß sollen Sie nicht mehr thun und den Lumben den Sozialdemokraten die Stangen halten, daß ist ein ganz verfluchtes Kor, die an gar keinen Herrgott glauben und gar nicht in die Kirche gehn, in keine Predigt und gar keinen Amt und Mess. Da sollten Sie Herr Redaktor nicht mithun und nicht andere lattolische Männer verlocken, die fleißig in die Kirche gehn und nicht wie die Sozialdemokraten nie nicht Beiden und Kommunionen. Der Teufel wird ihnen schon einmal heiß Waschen und Sinnen auch, wenn Sie helfen solcher Gesellschaft, also aufgepaßt. Ein dreuer Aponten.“

Partei-Finanzen. Arbeiter-Vahloerein zu Ludwigshafen: Jahres-Einnahme 570,94 M., Ausgabe 508,08 M. Der Verein zählt gegenwärtig 200 Mitglieder. — Sozialdemokratischer Verein zu Otterndorf: Einnahme im 4. Quartal inklusive 1127,50 M. früheren Bestands 2164,80 M., Ausgabe 489,20 M., Kasseeinstand 1876,00 M., davon 1000 M. für die Landagitation bewilligt wurden. Bravo!

Todtenliste der Partei. In Langenberg bei Elberfeld ist der Genosse Karl Oberrat im Alter von 40 Jahren an der Schwindsucht verstorben. — Ferner starb in Frankfurt a. M. der Rappennacher Josef Bender, erster Vorsitzender der dortigen Filiale des Verbandes deutscher Rüstföhrer. — In Milwaukee (Amerika) starb am 29. Dezember der bewährte Genosse David Steffens, früherer Vertrauensmann von Harburg bei Hamburg.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Franz Feldmann, Redakteur des „Proletarier“, muß noch ein Jahr hinter Kerkermauern zubringen. Das Reichsgericht verwarf die Revision, die er gegen das Urtheil eingelegt hatte, welches ihn wegen Abdrucks der Thierfabel „König Stier“ der Majestätsbeleidigung schuldig erkannte und die Strafe auf 1 Jahr bemah. Möge er die Haft überstehen, ohne an seiner Gesundheit besonderen Schaden zu erleiden!

Wegen einer derben Erörterung auf persönliche Angriffe des ultramontanen Pfarrers Wacker wurde der Redakteur des Offenburger „Volksfreunds“, Otto Zielowski, abermals verurtheilt. Er soll 50 M. Strafe zahlen oder auf fünf Tage ins Gefängniß wandern.

Aus Huppertsheim im Taunus wird der Frankfurter „Vollstimme“ folgendes Polizeistückchen gemeldet: Einer der hiesigen Genossen, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins, hatte einen „verbotenen Weg“ betreten und wurde wegen dieses Vergehens mit einer Geldstrafe von 1 M. bestraft. Da er diese Strafe nicht bezahlte, wurde er am 29. d. M. in seiner Wohnung von zwei Wachen verhaftet und geschlossen ins Polizeigefängniß nach Kdnigstein geführt. Zufällig war die Bürgerwehr vor dem Rathhause versammelt, um Schnee schippen zu gehen, und sah diesen ungewöhnlichen Zug. Einen Menschen wegen einer Geldstrafe von sage und schreibe einer Mark zu schließen, und so bei dem Wetter eine Stunde Wegs durch den Schnee ins Gefängniß zu treiben, das ging denn doch so manchem von uns zu sehr gegen den Strich. Was sind wir denn eigentlich in den Augen der Beamten? Würde die Regierung eine Ahnung haben von der Stimmung, die an jenem Tage bei uns herrschte, sie würde im eigenen Interesse so etwas für die Zukunft unmöglich machen.

In Oesterreich, speziell in Böhmen wird mit sozialdemokratischen Arbeitern in besonders bössartiger Weise verfahren. In Bülendorf bei Friedland wurde der Genosse Fr. Köhler von einem Finanzwächter dabei betroffen, wie er in ein Bauernhaus ging, um einem dort wohnenden Bekannten ein Exemplar der Hoffmann'schen Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen!“ zu überbringen. Den Finanzwächter ging das gar nichts an, trotzdem verhaftete er den genannten Genossen und dieser mußte sich's gefallen lassen, weil er sonst der Wachebeleidigung schuldig gewesen wäre. Er ging also mit nach Friedland zur Bezirkshauptmannschaft, wo er von Sonntag bis Montag Abend eingesperrt blieb. Dann erst brachte man ihn vor das Reichsberger Bezirksgericht. Auf dem Wege dahin waren seine Hände mit Ketten gefesselt. Das Bezirksgericht fand ihn nur der unerlaubten Kolportage schuldig und verurtheilte ihn zu 1 fl. Strafe oder 12 Stunden Arrest. — Ein anderes Bild! Im Bezirk Ostrau, wo Rothschild und Konforten eine Herrschaft ausüben, wie etwa „König“ Stumm hinten am Rhein, werden Arbeiterversammlungen unter den blödsinnigsten Vorwänden verboten. So unterlag der Magistrat des Ortes Friedel eine solche, weil aus der Tagesordnung der Versammlung hervorgehe, daß ihr Zweck gegen die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen gerichtet sei, demnach durch ihre Abhaltung die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden könnte. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lage der Arbeiter. 2. Das allgemeine, gleiche direkte Wahlrecht. 3. Freie Anträge. Der Bürgermeister, der das Verbot aussprach, führt den melodischen Namen Emmahatzel. Er paßt jedenfalls eher zum Kücheltän als zur Verwaltung einer Gemeinde.

Lokales.

Ein Gang durch die Brandstätte der Zentralmarkthalle giebt ein Bild von der wahrhaft grauenvollen Zerstörung, die der gewaltige Brand angerichtet hat. Nachdem jetzt den Wasserkräften Abzug geschafft ist, läßt sich der Schaden erst recht überblicken. Um die Anströmungsarbeiten in den ausgebeugten Kellerräumen zu ermöglichen, hat man Wachsfackeln entzündet, die von in die Wände geschlagenen Strahlen gehalten werden. Steigt man von der Gasse der Neuen Friedrich- und Kaiser Wilhelmstraße in den Keller hinab, so sieht man vor süßholzen Schuttmassen, deren Ursprung sich gar nicht mehr erkennen läßt. Von den Holzverschlägen sind nur hier und da noch 6 Zentimeter hohe verkohlte Ueberreste geblieben; da, wo die Drahtgitter in die Pfeiler eingelassen waren, sind die Steine unter dem Druck des glühenden Eisens gesunken. Erst da, wo die Gluth nicht mehr so intensiv gewesen, d. h. in der Halle und nach der Panoramafassade zu, kann man die unter dem Schutt vergrabenen Waarenvorräthe noch erkennen. Hier liegen auf einem Haufen 700 Hasen, das Fell ist meist abgehengt, die Hühner hat sie stark zusammengetrieben, dort sieht man lange Reihen von Hasen, die an den Knäueln hängen, die Flamme hat hier nur die Hinterpfoten erfasst, die sämtlich angekohlt sind. In einem der besterhaltenen Verschläge liegt auf Saiten eine geschwärmte unförmige Masse, es ist ein halbes Schwein, das hier auf Eis gebettet gewesen war. In einem anderen Verschlag sind etwa einen Meter hoch Wäse aufgeschichtet, das Feuer hat sie nicht mehr berührt, aber die furchtbare Hitze hat das Fett aus alle Poren getrieben, so daß die vom Rauch gebräunten Thiere in einer wahren Fettsauce schwimmen. Einen fast lederen Anblick gewähren jene Körbe voll rothbüdiger Kapsel, deren obere Früchte von der Gluth gebacken sind. Auch ganze Haufen italienischer Maronen sind vom Feuer geröstet worden. Apfelsinen haben dem Feuer gut widerstanden, sie sind nur bei den Köcherarbeiten in größeren Mengen zerdrückt worden, verbreitet gerade hier aber um so stärkeren Duft. Einem Pelotonfeuer war der Knall ähnlich gewesen, den die Explosion der Konkretenbüchsen erzeugt hatte.

Der Inhalt der Büchsen war in der Stuhl zum Kochen gebracht und hatte dann die Büchsen gesprengt. Das Butterlager hat weniger von Flammen als vom Rauch gelitten. Die im Keller lagernden Butterkörbe waren größer wie sonst gewöhnlich, weil die Firma Schinemann mächtige Sendungen erhalten hatte. Die vom Feuer erfassten Gemüsvorräte, namentlich Kohl und Mohrrüben, hielten die Hitze ungewöhnlich lange fest. Man spürte noch die Ausstrahlung der aufgespeicherten Wärme, wenn man sich ihren Schutthäufen näherte. In der Halle selbst herrschte ein fürchterliches Durcheinander. Man hatte den Standinhabern den Eintritt gestattet und jeder suchte noch zu retten, was zu retten war. Es ist leider ganz verschwindend wenig noch verkäuflich geblieben. Die Fische sind alle tot. Der Erdboden ist über und über mit Glas bedeckt. Der Rauch des Rauches ist merkwürdigerweise schon fast ganz verschwunden. Man ist bereits bei der Aufnahme des Schabens, auch Bauverhältnisse sind schon bei der Untersuchung des Rauerwerkes und der eisernen Träger.

Weiter wird geschrieben:
Erst am Sonnabend Abend haben die letzten drei Pfähle der Feuerwehr die Brandstätte in der Zentral-Markthalle verlassen, jedoch blieb noch für die Nacht zum Sonntag und Montag Vormittag eine Brandwache in der Markthalle zurück. Am Sonnabend Nachmittag wurde die Halle sorgfältig durch die städtische Bau-Inspektion, durch den Branddirektor Studé und durch einige Mitglieder des Magistrats besichtigt; es stellte sich heraus, daß die Gefahr eines Gemübe-Einsturzes der Kellereien bei weitem nicht so groß ist, wie man ursprünglich vermutet hat. Sofort wurden die am meisten gefährdeten Stellen abgesteift, und noch am Sonnabend Abend konnte die Halle für die Händler zur Abholung für die in den Ständen befindlichen Waaren geöffnet werden. Glücklicherweise ist der Schaden nicht so groß, als anfangs angenommen werden mußte. Die in den Verkaufsständen befindlichen Waaren, die von ihren Besitzern beim Verlassen der Halle während der Mittagszeit zugedeckt waren, haben wenig oder gar nicht gelitten und sind verkaufsfähig geblieben. Freilich bezieht ein Obst-Großhändler seinen Verlust an Früchten auf 36 000 Mark; ein Butterhändler beklagt den Verlust von 50 Zentnern Butter, eine Wild- und Geflügelhandlung giebt ihren Verlust auf 9000 Mark an. Im ganzen wird der an Waaren entstandene Schaden die Höhe von 1/2 bis 3/4 Million Mark nicht übersteigen. Die Wiederherstellungsarbeiten haben begonnen, und wiewohl diese nach Möglichkeit gefördert werden, so wird die Halle wahrscheinlich doch etwa drei Wochen für den öffentlichen Verkehr geschlossen bleiben. Während der Zeit des Umbaus soll, wie es heißt, die neu errichtete Groß-Markthalle, in die vor einigen Tagen die Schlächter übersiedelt sind, benutzt und den Händlern zum Verkauf an das Publikum eingeräumt werden. Um die Wiederholung eines ähnlichen Brandunglücks zu verhüten, werden Brandmauern mit eisernen Thüren an verschiedenen Stellen der Kellereien errichtet werden. Dem Vernehmen nach wird die Markthallen-Verwaltung diejenigen Waarenvorräte, die bei dem Brand durch Hitze, Rauch oder Wasser nur gelitten haben, soviel wie möglich noch zu verwerthen suchen. Dies gilt namentlich von den Wildvorräten; man will diese auf dem Zentral-Viehhof unterziehen lassen und dann verkaufen. Ebenso hofft man noch größere Massen Obst und Gemüse retten zu können. Wie schon Branddirektor Studé in seinem amtlichen Bericht geäußert und vorgestern der Markthallen-Verwaltung gegenüber wiederholt hat, würde der sofortigen Wiedereröffnung des größten Theiles der Halle nichts im Wege stehen. Die Verwaltung will jedoch zunächst die erforderlichen Wiederherstellungsarbeiten ausführen lassen, weil sie die Absperrung einzelner Theile der Halle bei geöffnetem Verkehr für bedenklich und für schwer ausführbar hält.

Eine uns zugehende Mittheilung der „Allg. Fleisch- u. Big.“ lautet: Der durch das Feuer in der Zentral-Markthalle unterbrochene Verkehr ist am Montag wieder aufgenommen worden. Da dies jedoch nicht rechtzeitig hatte bekannt gemacht werden können, so war das Publikum nur spärlich erschienen. Die Logerräume der Keller, deren Decken abgeplatzt sind, sind dem Verkehr noch nicht wieder eröffnet. Ueber die Entscheidung des Feuers kann nach amtlichen Quellen mitgetheilt werden: Der Großhändler K. hatte mehrere Lowries Mohrrüben bekommen, die unter Aufsicht seines Sohnes von Arbeitern ausgeladen und in die Kellerräume geschafft worden waren. Als K. nun nach Tisch, gegen 4 Uhr, die Kellerräume betrat, sah er einen Pfosten und einen Korb brennen. Er rief sofort seinen Sohn und mehrere Arbeiter — die vereinten Lösversuche blieben jedoch erfolglos. Der Kasseher meldete nun sofort Großfeuer. Die Arbeiter hatten, bevor sie nach Hineinschaffung der Mohrrüben den Keller verließen, die an den Pfosten hängenden Lampen ausgelöscht. Eine Lampe ist jedoch, um sie zum Löschen zu bringen, ausgedreht worden, dabei dürfte später die Flamme nach unten geschlagen und infolge dessen, nach dem amtlichen Protokoll zu schließen, explodiert sein, wodurch dann das folgenschwere Feuer ausbrach. Die Feuerversicherung der Waaren der Zentral-Markthalle bei der Nachen-Münchener Gesellschaft lautet auf eine halbe Million Mark. Dieser Betrag dürfte ausreichen, um alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Vier Beamte der Gesellschaft, denen städtische Beamte und gerichtliche Sachverständigen zur Seite stehen, sind in der Zentral-Markthalle mit Abschätzung der Entschädigungsansprüche beschäftigt. Die Anträge auf Brandschaden-Entschädigung müssen bis Mittwoch eingereicht werden. Der höchste Schadenantrag beläuft sich auf 30 000 M., dürfte sich jedoch nach den uns gewordenen Mittheilungen auf 15 000 M. ermäßigen, da die Vorräte des Betroffenen nur zum Theil verbrannt, zum Theil aber noch verwendbar sind. Da die Stadt die Waaren der Zentral-Markthalle bei der Nachen-Münchener Gesellschaft versichert hat, so können die Händler, falls sie ihre Ansprüche nicht befriedigt glauben, gegen die Gesellschaft nicht klagen. Bei dieser Rechtslage empfiehlt es sich daher für die Händler, lieber den Weg gütlicher Einigung zu suchen. — Das Markthallen-Arquarium beabsichtigt, als Entschädigung für die ausgefallenen Markttag von der Monatsstandsmitthe den Standinhabern ein Jheitel zurückzugeben; für die Mitglieder von Tagesständen tritt eine Entschädigung nicht ein. Die Standgeld-Entschädigung wird sich auf ungefähr 4000 Mark belaufen. Es dürfte dies, da die Markthalle selbst bei der Städtischen Feuer-Societät versichert ist, der einzige Schaden sein, den die Stadt als Markthallenbesitzerin zu tragen hat.

Die unerbittlich schwer getroffen von gerichtlichen Strafen die Armen werden, ging aus einer Gerichtsverhandlung von neuem hervor, die dieser Tage in Moabit stattfand. Während der Bourgeois die ihm auferlegte Geldstrafe bezahlt, ohne daß er dabei Schaden an Leib und Seele nähme, muß der zahlungsunfähige Proletarier allfällige hinter die schwedischen Gardinen wandern, selbst wenn er sich auch nur des geringsten Bergehens schuldig gemacht hat. Bei der erwähnten Gerichtsverhandlung lag folgender Thatbestand vor: Eine in der Schweinmünderstraße wohnhafte blutarme Wittne wußte schon im Sommer nicht mehr, wovon sie sammt ihren sieben Kindern leben sollte. Verdient mußte unter allen Umständen etwas werden, sonst stand der Familie das langsame Verhungern bevor. Die Wittne war hoch ergrüt, als sie einige Kurz- und Galanteriewaaren auf ihr ehrliches Gesicht geliebt erhielt, mit denen sie hausiren gehen konnte. Zur Lösung eines Gewerbescheines hatte die Frau kein Geld, dieselbe unterließ also. Damit war aber zugleich das Vergehen der Gewerbes-Konvention beim Gewerbesteuere-Hinterziehung gegeben. An einem Augustabend bot die Hausfrau ihre Waaren den aus den Spandauer Fabriken heimkehrenden Arbeitern an. Ein Polizeibeamter kam hinzu und wollte den Gewerbeschein sehen. Als dieser nicht vorgezeigt werden konnte, erfolgte Anzeige. Das Spandauer Schöffengericht verurtheilte die Angeklagte zu 72 M.

Geldstrafe, an deren Stelle im Falle der Zahlungsunfähigkeit Haftstrafe zu treten hat. Die arme Frau veruchte vergebens in der Vernehmungsinstant eine Aenderung dieses Urtheils oder eine Strafmilderung zu erzielen. Die Strafkammer des Landgerichts II konnte in der Sache nichts ändern, und mußte unter Bestätigung des ersten Urtheils die Verurteilung verurtheilen. Da nun die Betrüthe die Geldstrafe nicht bezahlen kann, muß sie dieselbe „absetzen“. Ihre sieben Kinder werden während der Zeit, in welcher die Mutter im Gefängnis sitzt, im — Waisenhaus verpflegt! Bleibt nur noch die Frage zu erörtern, was wird aus der Familie, wenn die Wittne die Strafe verbüßt hat? Falls dieselbe wiederum beim Hausiren erwischt wird, fällt die Strafe im Rückfall viel härter aus, so daß die Kinder dann im Waisenhaus noch länger die dort übliche Pension genießen müssen. Was aber um Himmels Willen soll die arme Frau sonst anfangen? Mit der Lösung eines Gewerbescheines sind außer dem Geldlosten noch eine ganze Menge zeitraubende Formalitäten verbunden, zumal ist die „Unbescholtenheit“ der Frau ja bereits verschwunden. Es wird also kaum etwas Anderes übrig bleiben als — Betteln gehen!

Die Umgebung Berlins rührt sich, um den Nothstand wenigstens in etwas zu mildern. Es muß nämlich die erlaunliche Thatsache konstatiert werden, daß die Behörden einiger Städte in unmittelbarer Nähe Berlins anerkannt haben, daß unter der Arbeiterbevölkerung jener Städte wirklich ein Nothstand vorhanden ist, während die städtischen Behörden Berlins noch immer gleich dem Vogel Strauß die Köpfe in den Sand stecken und betheuern, wir haben keinen Nothstand. So hat der Spandauer Magistrat die Armenpfleger angewiesen, an die nothleidenden Familien ihres Bezirkes Feuerung, Kartoffeln und im dringenden Falle auch bares Geld zu verabfolgen. Die Mittel hierzu sind den Armenpflegern von der städtischen Verwaltung zur Verfügung gestellt worden. Nun sind in Spandau Merkmale eines g r o ß e n Nothstandes noch gar nicht einmal hervorgetreten und deshalb verdient es ausdrücklich Erwähnung, daß der dortige Magistrat Vorbeugungsmahregeln zu treffen für nothwendig hielt. Das es aber einzelnen Familien in Spandau schon recht trübselig geht, so trübselig, daß sie zu den verzweifeltsten Mitteln greifen müssen, um ihr Dasein fristen zu können, erhellt aus folgendem Beispiel: Aus einer Hofschlächterei Spandaus kaufte eine armlid geliebte Frau eine Zeit lang täglich für 10 Pfennig Hundestutter, bestehend aus Fleischabfällen. Dieser Tage meinte nun der Hofschlächter zu der Frau, daß es ihr doch noch nicht zu übermäßig schlecht gehen könnte, da sie ja noch in der Lage sei, sich einen Hund halten zu können. Da gestand denn die Weirthe ein, daß sie selbst und ihre Kinder die Hofschlächter-Abfälle verzehrten. Also Hundestutter für Menschen: auch eine schöne Einrichtung in unserem Jahrhundert der Nächstenliebe!

In Charlottenburg hat der Magistrat einen Untersuchungs-Ausschuß eingesetzt, der sein Bureau täglich zwei Stunden geöffnet hält. Vorgestern war der Andrang so gewaltig, daß im Wartezimmer mehrere Frauen ohnmächtig wurden, und zur Aufrechterhaltung der Ordnung Polizei requirirt werden mußte. Es sollen jetzt nur solche Personen unterrichtet werden, bei denen nachgewiesenermaßen die Noth Einkehr gehalten hat, und solche Familien, welche viele Kinder zu ernähren haben. Der Magistrat hat eine vorläufige Summe für diesen Zweck dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Wir geben ohne weiteres zu, daß mit diesen Mahregeln nicht viel geschaffen werden kann, man sieht aber wenigstens den guten Willen. In Berlin aber fehlt sogar dieser, und die reiche Hauptstadt und Residenzstadt könnte doch wahrhaftig sich ganz anders anstrengen, als Charlottenburg und das im „Dales“ bis über die Ohren stehende Spandau. Die Philister im Berliner Nothen Hause sind aber mit Blindheit geschlagen.

Die Straßenbrunnen Berlins haben sich nach einer im Sommer mit Rücksicht auf die drohende Cholera-Gefahr vorgenommenen Untersuchung als vollständig unzureichend erwiesen, und ein beträchtlicher Theil von ihnen hat als gesundheitsgefährlich geschlossen werden müssen. Der Bericht über die städtische Bauverwaltung für das Verwaltungsjahr 1891/92 bringt jetzt über die einschlägigen Verhältnisse, wie sie vor Beginn des vergangenen Sommers lagen, genaue Angaben. Danach bestanden am 1. April 1892 in städtischen Reichthüm im Ganzen 1318 Straßenbrunnen, nämlich 111 Tiefbrunnen und 1202 Flachbrunnen. Unter den Tiefbrunnen waren 35 alte Kesselbrunnen und 76 Rohrbrunnen neuer Konstruktion. Unter den Flachbrunnen waren 769 alte Kesselbrunnen (inkl. 25 ohne Pumpwerk, die nur noch von der Feuerwehr benutzt werden), 65 alte Rohrbrunnen und 368 Rohrbrunnen neuer Konstruktion. Die Zahl aller Kesselbrunnen war 804, die aller Rohrbrunnen 509. Die Rohrbrunnen machten also noch nicht 39 pSt. aller 1318 Brunnen aus. Noch ungünstiger war das Verhältnis zwischen Tiefbrunnen und Flachbrunnen. An Tiefbrunnen waren noch nicht 9 pSt. aller Brunnen vorhanden. Danach darf man sich nicht wundern, daß in so vielen Brunnen das Wasser verunreinigt gefunden worden ist. In einer Großstadt, deren Untergrund allmählig vollständig durchsucht wird, sollte man es heutzutage doch als selbstverständlich ansehen, daß die Rohrbrunnen, und zwar Tiefbrunnen in der überwiegenden Mehrzahl, wenn nicht allein zu finden sind. Man muß annehmen, daß die städtische Bauverwaltung weder gemüht noch überhaupt geahnt hat, welcher Art das Wasser in den ihrer Aufsicht unterstellten Brunnen war. Dann hat sie sich ihrer Aufgabe, Straßenbrunnen mit gesundem Trinkwasser zu beschaffen, nicht gewachsen gezeigt. Dafür spricht auch der Umstand, daß im Berichtsjahre 1891/92 zwar eine Reihe von Brunnen beseitigt, aber nur 42 neue gebaut worden sind, so daß die Gesamtzahl der Brunnen sich nur um 6 (von 1907 auf 1318) vermehrt hat. Jetzt, nach Schließung einer Anzahl von Brunnen, hat sich die Gesamtzahl sogar noch bedeutend vermindert.

Berliner Leihkrankenkasse der Handlungsgehilfen und Lehrlinge. In der gestern Abend im Rathhause stattgehabten konstituierenden Mitgliederversammlung siegte bei der Wahl der Gehilfendelegirten die sozialdemokratische Listen mit allen gegen eine Stimme.

Die durch Erzeugung von Zugluft oft lästig werdenden Zahlklappen in den Pferdeabfuhrwagen sollen wenigstens von der neuen Pferdeabfuhr-Gesellschaft abgeschafft werden. Sie beabsichtigt bei allen ihren Wagen die Anbringung der von ihr für nützlich und zweckdienlich erachteten, bisher an 12 Wagen an Stelle der Zahlklappen angebrachten Schiebeseiten, die keine Zahlbecken haben und das Wechseln des Geldes leicht ermöglichen. Die Gesellschaft hat das Polizeipräsidium um die Genehmigung dazu ersucht.

Soldaten-Selbstmord. Der Häfler Friedrich Nachtigall von der 11. Kompagnie des 2. Garderegiments hat sich am 28. d. M. in der Kaserne des betreffenden Regiments erhängt. Natürlich hat er das aus Uebermuth gethan.

Marktpreise in Berlin am 28. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—15,50 M., mittlerer von 15,40—14,90 M., geringer von 14,80—14,30 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,40 M., mittlerer von 13,30—13,00 M., geringerer von 12,90—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,30 M., geringer von 14,20—13,50 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von 5,—4,15 M. Heu per 100 Kilogr. von 8,20—5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Reule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von

1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—9,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,80 M. Aale von 3,00—1,00 M. Zander von 2,40—0,80 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Welse von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 28. d. M. Vormittags brach ein Kaufmann beim Ueberschreiten des Eisens im Landwehrkanal an der Poststraße ein und wurde mit Hilfe des Rettungsballes von hinzugekommenen Personen noch lebend herausgezogen. — Mittags wurde ein Schloffer in einem Kiofet der 88. Gemeindefchule, wofür er mit Aufstehen der Spülung beschäftigt gewesen war, von Kohlendunst betäubt, in anscheinend leblosem Zustande aufgefunden. Die angelegten Wiederbelebungsvoruche waren von Erfolg. — Nachmittags fiel ein Dachdeckergefele auf dem Grundstücke Mäckernstr. 78 von einer an das Dach eines Schuppens gestellten Leiter und erlitt eine Gehirn-erschütterung. — Abends fiel eine Arbeiterfrau vor dem Hause Staltherstr. 180 zur Erde und brach den Oberarm. Sie wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Am 29. d. Mts. Nachmittags entstand an der Ecke der Frankfurter Allee und der Möglinerstraße zwischen einem Kutscher und einem Arbeiter eine Schlägerei, bei der letzterer am Kopfe so schwer verletzt wurde, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde. — Vor dem Hause Lothringerstr. 10 fiel ein Arbeiter zur Erde und erlitt einen Bruch des Hüftgelenks. Er wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Am 29. und 30. d. M. und in der darauf folgenden Nacht fanden 4 kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Unter der Anklage der Verleitung zum Meineid stand gestern der Handelsmann Martin Schulz vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte in der Nacht zum 1. Februar v. J. eine arge Ausschreitung begangen, wofür ihm eine Gefängnisstrafe drohte. Um einer Bestrafung vorzubeugen, wollte er vor Gericht behaupten, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei und einen Alibibeweis antreten. Er behauptete vor dem Untersuchungsrichter, daß er in der fraglichen Nacht das Schanklokal des Restaurateurs Glas gar nicht verlassen habe. Glas wurde daraufhin zur Hauptverhandlung geladen. Derselbe bestritt die Behauptung des Angeklagten und mußte auf Befragen des Vorsitzenden einräumen, daß der Angeklagte vor dem Termin bei ihm gewesen sei, um ihn durch Versprechungen zu einer falschen Aussage zu verleiten. Die Folge war obige schwere Anklage gegen Schulz. Derselbe war geständig. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zur niedrigsten Strafe, ein Jahr Zuchthaus und zweiwöchigen Ehrverlust, auch wurde die sofortige Inhaftnahme der Verurtheilten angeordnet.

Eine blutige Schlägerei zwischen jungen Kaufleuten und Bäckergelesen beschäftigte gestern die 128. Abtheilung des Schöffengerichts. In der Nacht zum 30. September v. J. hatte eine Anzahl junger Kaufleute ein Abschiedsfest gefeiert. Sie begleiteten einen der Theilnehmer nach dessen in der Oranienstraße gelegenen Wohnung. Auf dem Flur des Hauses hatten die Gesellen des dort wohnenden Bäckers frische Backwaare zum Abfassen aufgestellt. Die „übermüthigen“ jungen Leute trieben mit der Backwaare allerlei Unfug, es erschienen drei Bäckergelesen und nach kurzem Wortwechsel kam es zu einer Schlägerei, wobei die Kaufleute Stöße und Schürme, die Bäckergelesen Holzschelle benutzten. Die letzteren trieben die Gegner auf die Straße hinaus und zogen sich dann vor der Uebermacht wieder ins Haus zurück. Als der Bäckergelesse Wohnle sich häutete, um den am Fuße der Thür befindlichen Riegel hinunterzuschoben, erhielt er von dem vor der Thür stehenden Kaufmann Müller einen tiefen Messerstich in die Schulter. Mühls erlitt eine so schwere Verletzung, daß er zur Sanitätswache gebracht werden mußte. Müller wurde wegen schwerer Körperverletzung unter Anklage gestellt. Er führte im Termin zu seiner Entschuldigung an, daß er sich nach Kräften bemüht habe, den angerichteten Schaden mit Geld gut zu machen, indem er dem Mühls 2000 M. gegeben habe. Der letztere hat darauf — wenn auch erfolglos — versucht, eine Zurücknahme des Strafartreges zu erwirken. Dem Verteidiger des Angeklagten, Justizrath Röllmüller, gelang es, mildernde Umstände zu erwirken, jedoch lautete das Urtheil immerhin auf eine Geldstrafe von 500 M.

Wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens und eines Betruges wurde gestern der siebenundzwanzigjährige Erich Hauff zu einer Gesamtstrafe von anderthalb Jahren Gefängnis verurtheilt. Der Vorsitzende hob hervor, daß nur das jugendliche Alter des Angeklagten ihn vor dem Zuchthause bewahrt habe.

Das Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern eine neue Periode mit der Verhandlung gegen den Telegraphenbeamten Hieronimus Trog, der wiederholter Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung angeklagt und geständig war. Es war eine Gesamtsumme von nur 9 M., wegen der der Angeklagte keine Unbescholtenheit und seine Stellung geupfert hat. Die Geschworenen billigten ihm mildernde Umstände zu, worauf der Gerichtshof ihn zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilte.

Die Genossen Sillier, Janiszewski, Koch, Müller und die Genossin Elisabeth Wöhrlich fanden gestern wegen Aufregung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten vor der IX. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Es handelte sich um das Buch „Sozialdemokratische Vieder und Deklamationen“. Das Buch soll nach Ansicht der Anklagebehörde Aufregungen im Sinne des § 180 St.-G.-B. enthalten. Der Staatsanwalt brachte gegen Sillier u. Janiszewski sechs Monate bzw. 9 Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten je 3 Monate Gefängnis in Antrag, während die Rechtsanwältin Freudenthal und Morris den aufreizenden Charakter der Vieder bestritten und eo. Geldstrafe für ausreichend hielten. — Der Gerichtshof verurtheilte Sillier wegen Aufregung und Vergehens gegen das Preßgesetz durch falsche Angabe des Druckers zu 400 Mark, Janiszewski nur wegen der Verletzung des Preßgesetzes zu 300 Mark, Koch und Müller wegen Gefährdung zu je 100 Mark und die Angeklagte Wöhrlich zu 20 M. Geldbuße.

Versammlungen.

In der Freien Vereinigung der Seifensieder und Berufsgenossen sprach am 19. Januar Genosse C. Hoffmann über die politische Lage. Der Vortrag wurde von den anwesenden Kollegen mit Beifall aufgenommen. Der Kassierbericht wurde, nachdem die Rivisoren denselben bestätigt, für richtig erklärt; dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Die Abrechnung vom letzten Vergnügen ergab eine Einnahme von 52,00 M. gegen eine Ausgabe von 53,50 M., mithin ist ein Defizit von 0,50 M. vorhanden. Zur Vorbereitung des Stützungsfestes am 18. März wurde ein Komitee von 7 Personen gewählt. Die Versammlung endete mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

